

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Verleger Hr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Verleger Hr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungstitel Nr. 4692a, letzter Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeitspalte oder deren Raum 15 Pfg. für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg. auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 3 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 106.

Mittwoch, den 9. Mai 1906.

13. Jahrg.

Stimmen einer Weltlage.

Wie können die gegenwärtigen Arbeiterkämpfe in Lübeck beigelegt werden?

Es gehört zu den allergrößten Seltenheiten, daß in der bürgerlichen Presse wirtschaftliche Kämpfe objektiv besprochen oder gar Mittel vorgeschlagen werden, die eine Beendigung von Streiks oder Aussperrungen herbeiführen sollen. In der Regel fühlen sich die Blätter der Bourgeoisie als die Hausrechtler des Unternehmertums und besorgen die schmutzigsten Geschäfte desselben. Keine Arbeiterförderung wird von ihnen als berechtigt angesehen, sondern einfach das Streben der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lebenslage kurz als „sozialdemokratisch“ bezeichnet. In den „Lübecker Blättern“, dem Organ der Gesellschaft zur Förderung gemeinnütziger Tätigkeit, lesen wir nun einen Artikel, der in Form und Inhalt vortrefflich absieht von den alltäglichen Produkten bürgerlicher Journale. Er hat doch durch denselben nicht als Verstoß die Beschimpfung und Beschädigung der Arbeiter, sondern der lebhaft Wunsch nach Beilegung der zurzeit in Lübeck herrschenden wirtschaftlichen Kämpfe. Wir glauben versichern zu können, daß die Arbeiterschaft, soweit sie in Betracht kommt, durchaus gewillt ist, auf geeigneter Basis Frieden mit dem Unternehmertum zu schließen. Ob der Artikel in den „Lübecker Blättern“, den wir nachstehend abdrucken und dessen Titel auch an der Spitze dieser Seiten steht, dazu beitragen wird, eine Verständigung der gegenwärtig im Kampfe stehenden Parteien herbeizuführen, muß die Zukunft lehren; jedenfalls ist er der Beachtung wert. Hier ist er:

„Schwere wirtschaftliche Kämpfe erschüttern unsere Stadt, lähmen einen großen Teil der gewerblichen Tätigkeit, ohne daß sich eine Aussicht auf baldige Beilegung bietet. Diese Zeiten sollen keine Stellung nehmen zu den Kämpfen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sie sollen nur hinweisen auf die schweren Schädigungen, die sie dem Gemeinleben der ganzen Bevölkerung schlagen, sie sollen nur einen Weg weisen, der sie zu einem friedlichen Ende führen könnte. Seit Monaten streiken die Arbeiter in der Möbelfabrik, seit dem 1. April die übrigen Tischlergeschäfte. Seit diesem Tage sind auch die Malergehilfen von ihren Meistern ausgesperrt. An einen Streik auf einem einzigen Bauplatz schloß sich eine glücklicherweise fast beigelegte Aussperrung aller Maurer und Zimmerer. Sommerhin zogen augenblicklich beinahe 300 Arbeiter feiern und jeder Tag kann bei der augenblicklichen Sachlage durch Arbeitsniederlegung in einem anderen Gewerbe ihre Zahl um Hunderte vergrößern. Sie alle müssen sich dann mit einer mehr oder minder großen Entschädigung seitens ihrer Verbände begnügen. Mit ihnen haben ihre Frauen und Kinder. Wenn die weissen Männer auch auswärts arbeiten, so wird für die Familie infolge der teureren Lebensweise außerhalb des Hauses doch weniger übrig bleiben. Vielfach müssen deshalb auch die Frauen arbeiten, in die Fabrik gehen, ihr Haus vernachlässigen. Infolge der Einschränkung der Lebensweise leiden alle Gewerbetreibenden, Lebensmittelhändler und Kleinhändler. Der fehlende Zugang der Arbeiter läßt die Meisten sitzen. Aber auch die übrigen Gewerbe leiden Not, angefangene Bauten können nicht vollendet werden. Und dabei harren wichtige Gebäude der Vollerbauung, ich erinnere nur an den Bahnhof mit seinen weitwirkenden Verkehrsveränderungen, an das Hochhauswerk usw. Noch sind die Folgen des vorjährigen Stillstandes des Baugewerbes nicht ganz überwunden. Muß unter solchen Umständen nicht die so lebhaft sich entwickelnde Unternehmungslust der Lübecker, auf die wir so viele Hoffnungen setzen, im Reine erlöschen? Ist es da ein Wunder, wenn man in der Bürgererschaft vom Sozialismus aus behaupten konnte, daß infolge der Streiks die Einkommensverhältnisse hier sich verschlechterten? Das Wohl der ganzen Stadt ist bedroht, mögen die dazu berufenen Sachwalter der Stadt es begreifen, mögen sie auf schnellste Weise Schritte tun. Doch vorher mögen sie ohne Vorurteil die tiefsten sozialen Ursachen erwägen, weshalb die behauerwertesten Streitigkeiten nicht geschlichtet werden. Durch die Arbeiterschaft des ganzen Deutschen Reiches geht eine gewaltige Bohnbewegung. Sie hängt zusammen mit der schnellsten Steigerung der Preise aller Waren, besonders der Lebensmittel, die verschiedene Ursachen haben mag, zum großen Teil aber wohl der sozialpolitischen Gesetzgebung ihr Entstehen verdankt. Daneben geht einher die Forderung einer Verkürzung der Arbeitszeit als Entgelt der steigenden Arbeitsforderungen an die Arbeitskraft des einzelnen, als Grundlage einer vermehrten Teilnahme der Arbeiterklasse an den Ertrüngen der Kultur. Dazu kommen dann die Kämpfe um gegenseitige Anerkennung der Organisationen, die leider immer noch ausgefochten werden müssen. Ueber Bohnforderungen sieht man überall verhältnismäßig leicht eine Einigung zustande kom-

men, auf die Gewergerichte eingeseht sind, langfristige Tarifverträge abgeschlossen werden. Das Drängen auf Verkürzung der Arbeitszeit rührt schon auf größere Schwierigkeiten. Nicht immer wird eine Schätzung der eigenen Vorteile befürchtet, mehr die Konkurrenz anderer Orte mit anspruchsvoller Arbeiterschaft oder die Rückwirkung auf die übrigen Gewerbe derselben Stadt, die dadurch auch zu einer Verkürzung der Arbeitsdauer gezwungen würden. Am langsamsten und heftigsten werden die Kämpfe, wenn es sich um die Anerkennung der verschiedenen Organisationen handelt, wenn immer wieder die Fragen erörtert werden, ob man nur mit den Arbeitern der eigenen Betriebe oder mit den Verbandsvertretern verhandeln soll, ob mit Innungsgehilfenausschüssen oder mit den Gewerkschaftsvorständen. Schlimmer wie es noch, wenn auswärtige Arbeiter herangezogen sind, wenn irgendein mißliebiger Vertreter der Arbeitgeber oder Arbeiter aus den Verhandlungen ausgeschaltet werden soll oder mehrere sich feindselig gestimmte Arbeitervereinigungen am Kampfe beteiligt sind. Dann werden Formfragen aufgeworfen, wer mit den Verhandlungen beizutreten soll; Vertretungen in Versammlungen und Zeitungsaufstellungen, Gerichtsverhandlungen verwehren den Bündnist. Wenn dann auch die Arbeitsstreitigkeit mit dem Sieg einer Partei endigt, die Erbitterung bleibt und lodert bei der kleinsten Gelegenheit wieder wieder auf.

So ähnlich scheinen uns augenblicklich vielfach die Verhältnisse in Lübeck zu liegen, wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich besonders stark organisiert gegenüberstehen. Wo im einzelnen Falle die Schuld liegt, wollen wir nicht untersuchen, wir wollen nicht anklagen, feststellen wollen wir nur die Erbitterung, die sich immer mehr einstellt, feststellen nur die Schädigung der ganzen Einwohnerschaft. Trostdem sind auch in diesem Frühjahr mehrere Streitigkeiten durch jedwede Verhandlungen beendet worden, so bei den Schneidern, Schmieden, Töpfern, Tapezierern, Steinbrüchern. Möglich ist also eine Einigung, wenn sie nicht gelingt, liegen Spannungen oben geschildderter Art vor, glauben Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich im Kampfe um die Macht begriffen, während einseitige Sozialpolitiker nur Mißverständnisse oder nach Ausgleich drängende Interessen sehen. In solchen Fällen, wo die Parteien sich nicht finden können, ist unbedingt das Eingreifen eines Dritten, eines Unparteiischen nötig, der die Hindernisse wegräumt, die zwischen den Gegnern liegen. Da soll vor allem das Einigungsamt eintreten, dessen Vorsitzender als Vorsitzender des Gewerbeausschusses die Lage der verschiedenen Gewerbe genau kennt. Es kann aber leider nur in Tätigkeit treten, wenn es von einer Partei angerufen wird, und das kommt hier in Lübeck nur selten oder gar nicht vor. Woran liegt das? In anderen Städten macht sich keine Tätigkeit fähig. In München wurden im Jahre 1905 48 gewerbliche Streitigkeiten auf diesem Wege erledigt, nur in einem Falle kam es zu keiner Verständigung. In Berlin ist der betreffende Richter jetzt das ganze Jahr mit Einigungsverhandlungen beschäftigt, so daß er auf jede andere amtliche Tätigkeit verzichten muß. Wenn das Einigungsamt in diesen und anderen Dingen offiziell nicht angerufen wird, so pflegt sein Vorgesetzter trotzdem mit den Parteien in Verbindung zu treten, um sie durch persönliche Einwirkung zur Annahme zu bewegen, wenigstens aber während der ganzen Dauer der Arbeitsstreitigkeit mit den Führern beider Parteien in Fühlung zu bleiben, um bei passender Gelegenheit einzugreifen. Wir wissen nicht, ob das auch bei uns in Lübeck jemals geschähen ist, gehört haben wir noch niemals davon. Daß es aber in jedem Falle möglichst bald und schnell geschähen, müssen wir alle wünschen und erwarten, der Erfolg kann nicht anders sein.

Sollte diese Art der Vermittlung aber nicht ausführbar sein, wenn wir auch kein Hindernis uns denken können, so müßten die Leiter unserer städtischen oder städtischen Behörden eingreifen, gilt's doch eine weitgehende Schädigung aller Bevölkerungsklassen abzuwenden. Ein Mann in autoritativer Stellung, frei von jedem Verdacht der Parteilichkeit für eine oder die andere Partei, müßte sein Ansehen in die Waagschale werfen, müßte die Ursachen der Erbitterung aufzeigen, das Ziel gemeinsamer Arbeit aufleuchten lassen, das Wohl der Stadt als Banner aufpflanzen. Solch Eingreifen hat schon vielfach Erfolge gezeitigt. Der bürgermeisterliche Zwergert von Essen hat die schwierigen Tarifverhandlungen im dortigen Baugewerbe geleitet. Der Staatssekretär von Elb-Bohringen, von Köller, hat den langdauernden Textilarbeiterstreik in Mühlhausen zum gedeihlichen Ende geführt. Möge sich dann auch hier bald jemand finden, der dieses schöne soziale Werk auf sich nimmt, er ist der Dankbarkeit weiter Kreise sicher. Schwierig mag die Aufgabe sein, aber wir vertrauen darauf, daß, wo ein Wille, auch ein Weg ist.

Politische Kandidaturen.

Wahlzettel. Die Nationalliberalen in dem Wahlkreis

suchen gerichtet, doch für einen Einigungs-kandidaten einzutreten. Das Wahlkomitee des Zentrums hat den Nationalliberalen jedoch einen Ruch gegeben und als Kandidaten den Zentrums-Benjamin Erzberger aufgestellt.

Akkordarbeit. Der Reichstag will durchaus fertig werden. Die Berliner und Sänder wollen ihre 2500 Mark pro Kopf partout noch vor Pfingsten schlucken! Auch will es so die Regierung und diese Spottgeburt von Reichstag, dieser Pohn auf jede selbstbewußte Volksvertretung, die konträre Gegenteil des Langen Parlamentis und des Nationalkonvents springt mit Pudelbemat über den vorgehaltenen Stod. — In rasender Eile wurden die Paragraphen der Zigarettensteuer vorlage durchgelesen. Die Halle Bremer-Rothe ließ unsere Genossen Meyer, v. Elm und Mollenhuth reden und drückte durch das plumpe Gewicht ihrer Stimmen die schier ungläublichen, schlichten, peinlichen, schändlichen Bestimmungen durch, die St. Bureaustratus ausgebrütet hat und aus deren jeder der Schuppmannschelm hervorguckt. Selbstredend strampelte diese kapitalistische Interessensvertretung auch unsern Antrag auf Entschädigung der nach Inkrafttreten des Gesetzes brotlos werdenden Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen nieder. Daß sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind — oder laßt sie Dienstmädchen werden: so klang es aus den Reden des Nationalliberalen Held und des frommen Zentrums-Jäger. Die freisinnigen Mannesgeelen schwiegen sich aus, nur der Bote Kleckhuhn hat mit anerkennenswerter Wärme für unsern Antrag ein. Der Finanz-Stengel war natürlich auch baggen. In Deutschland entschädigt man schwerreiche Standesherrn für die Aufgabe ungerechter Steuerprivilegien, aber nicht blutarme Arbeiterinnen, deren Existenz der Steuerfiskus im Bunde mit der Kameluckenmehrheit des Reichstages vernichtet. — Nach Erledigung der Zigaretten-Vorlage kam der blühende Biddinn des Fruchturkundenstempels zur Verhandlung. Kurz und bündig legte Genosse Vinski den ablehnenden Standpunkt unserer Fraktion dar. Die Freisinnigen bekämpften ebenfalls die neue Verkehrs-schöpfung, bezweifelten aber in ihrer halbeschem-fremden Schlappheit nicht etwamal die Beschlußfähigkeit des Hauses, als ihr natürlich abgelehnter Antrag auf Zurückverweisung an die Kommission zur Abstimmung kam. — Am Dienstag kommen die Fahrkarten an die Reihe.

Eine anderweitige Gestaltung der Besteuerung der Eisenbahnfahrkarten ist nunmehr, wie die „Nationalzeitung“ mittelt, zwischen den Mehrheitsparteien, ansehens im Einvernehmen mit der Regierung, verabredet worden. Der Stempel soll wieder Fünfzettel werden, aber mit dem Preise der Billets staffelförmig ansteigen. Billets bis zu 60 Pfg. sollen überhaupt unbefreit bleiben. Dann beginnt der Fünfzettel für Billets im Preise von 60 Pfg. bis 2 Mk. mit 20 Pfg. bzw. 10 Pfg. und 5 Pfg. in den drei Klassen und steigt bis zu 7 Mk., 5 Mk. und 2 Mk. für Billets im Werte von mehr als 50 Mark. Der fauzelle Effekt soll derselbe sein wie der des prozentualen Stempels, den die Kommission vorgeschlagen hat. Auch gegen eine solche Besteuerung des Verkehrs kann nicht laut genug Protest erhoben werden.

Als Bundes-Nachfolger ist der Berliner Eisenbahndirektionspräsident Breidenbach in Aussicht genommen. Seine Ernennung soll inzwischen auch bereits erfolgt sein, doch liegt noch keine amtliche Mitteilung vor.

Wie man die deutschen Parlamentarier einschätzt! In einem Artikel der „Post“ über die Diätenvorlage heißt es:

„Sehe weitere Ausdehnung der Freifahrt ist abzulehnen, schon im allgemeinen Verkehrsinteresse. Es liegt nicht der geringste Anlaß vor, neue Privilegien zu schaffen und die erste Klasse mit Reisenden zu bevölkern, welche zu ihrem Vergnügen oder zu Agitationszwecken jahraus, jahrein umherfahren. Wer zu seiner Information oder zum Vergnügen reist, mag dafür bezahlen wie jeder andere. Es liegt kein Anlaß vor, die Abgeordneten zu Inspektionsbeamten zu machen, welche dank der Freifahrt sich in Verwaltungsangelegenheiten mischen, welche sie gar nicht angehen.“

Ran kann nicht bestreiten, daß die bürgerliche Parlamentsmehrheit solche Behandlung, wie sie hier das reaktionäre Organ den Abgeordneten zuteil werden läßt, vollauf verdient hat. Wer jahraus jahrein Bedientenrollen spielt, soll sich nicht wundern, wenn man ihn auch wie einen lästigen Salaten behandelt.

Preussische Ausweisungspraxis. Die Ausweisung russischer Staatsbürger durch die Berliner Polizei veranlaßt die „Now. Wremja“, darauf hinzuweisen, daß durch diese Maßnahmen nicht nur Juden betroffen werden, denn es komme nur noch die Staatsangehörigkeit in Frage, sobald die Grenze überschritten werde. Wörtlich heißt es dann in dem großen russischen Blatte:

Der Adelsmarschall Robitzschew erzählt mir, auch seine zur Heilung in Berlin wohnende Tochter habe in der

Jeder klar denkende Mensch wird sich Kopfschütteln fragen, wo in aller Welt die Staatsgefährlichkeit einer kranken Dame zu suchen sei. Dieser Fall belastet das Konto der Berliner Polizei noch bedeutend mehr.

Russland.

Neue revolutionäre Erhebungen in den Offiziersprovinzen. Aus Riga, 7. Mai, wird offiziell gemeldet: Etwa 40 bewaffnete Leute überfielen gestern Nacht bei Wolberan, in der Nähe von Riga, eine Kompanie der dort kampierenden Militär-Telegraphenabteilung. Sie inelbten die Schilbmache und verschwand unter Mitnahme von 31 Gewehren.

Weiteres Attentat. In Zelaterinskow wurde am Sonntag der Generalgouverneur Feolka-nowsky von 6 Unbekannten, die zu gleicher Zeit ihre Revolver auf ihn abhoben, getötet. Die Täter sind entkommen.

Frankreich.

Die Parlamentarierwahlen sind, trotz der Mischungen der radikalen Regierung, die noch in letzter Stunde ein sozialistisch-reaktionäres Komplotz erfand, sehr günstig für die sozialistische Partei ausgefallen. Sie hat schon bei der Hauptwahl ungefähr die gleiche Zahl von Mandaten errungen, die sie bisher inne hatte. Das ist um so bedeutsamer, als bei der letzten Wahl viele der sozialistischen Kandidaten die direkte und indirekte Unterstützung des beherrschenden Apparats hatten, geradezu als Regierungskandidaten galten und — natürlich für Gegenleistungen in anderen Kreisen — die Stimmen der Radikalen Sozialisten und Radikalen erhielten. Das war die Folge der Bloc-Politik. Jetzt trat die sozialistische Partei allein und selbständig in den Wahlkampf ein, als entschiedene Klassenpartei, und sie hat aus eigener Kraft und für das kollektivistische Programm mindestens so viele Stimmen aufgebracht, wie vor einigen Jahren für die zum Bloc gehörende Regierungspartei mit demselben Programm, das allem etwas bieten wollte und auf „Klassenpolitik“ hinauslief, zuteil wurde. Bekannt sind jetzt 583 Wahlergebnisse. Danach sind bisher gewählt 428 Deputierte, während 155 Sitze unbesetzt blieben. Von den Gewählten sind 76 Konservative, 28 Nationalisten, 56 Progressiven, 63 von der republikanischen Linken, 83 Radikale, 73 Radikale-Sozialisten, 32 vereinigte Sozialisten und 10 unabhängige Sozialisten. Der Gewinn der Mehrheit beträgt 25, der Verlust 11. Von den Gewählten resp. wiedergewählten Sozialisten geben die Deputierten vorläufig folgende Namen: Pressense, Sembat, Rouanet, Drouffe, Saillant, Bally, Lamendin, Saures und Guesde (in Lille, wo er voriges Mal unterlag). Besonders die Wahl Guesdes, eines der ältesten und tapfersten Vorkämpfer des wissenschaftlichen Sozialismus in Frankreich, ist lebhaft zu begrüßen. Unter den gewählten „unabhängigen Sozialisten“ (unabhängig von jedem sozialistischen Programm, unabhängig von jeder Disziplin) sind Biviani und Egren-Millerand bekannt. Alle Minister sind wiedergewählt. Bei der Bekanntgabe des Wahlergebnisses kam es in Montpellier und Goutches zu Schlägereien. Mehrere Personen wurden verwundet, darunter der sozialistische Gemeinderat Roque, der die Wahlergebnisse nach der Presse brachte, schwer. In Goutches wurde ein Arbeiter getötet. Das amerikanische Staatsdepartement erhielt von dem amerikanischen Konsul in Guadeloupe die telegraphische Meldung, daß schon seit Wochen wegen der französischen Parlamentswahlen dort Unruhe herrscht und die Hauptstadt sich in den Händen des Mob befindet. Von San Domingo ist ein amerikanisches Kriegsschiff nach Guadeloupe abgegangen. — Die radikalen Wähler sind vor dem bisherigen Ausfall der Wahlen äußerst befrüchtigt und glauben, daß die Gruppen des Bloc beträchtlich vergrößert in die neue Kammer einzziehen. Die sozialistischen Wähler erklären jubelnd, daß die Republikaner einen glänzenden Sieg über die Reaktion davontragen und daß die sozialistische Partei zu diesem Siege in ganz besonderem Maße beigetragen habe.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübener Volksboten“.

Berlin, den 7. Mai 1906.

96. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Frhr. v. Stengel, Frhr. v. Rheinbaben.

Die zweite Beratung des Zigarettensteuergesetzes wird fortgesetzt.

§ 9 macht die Räume anmeldspflichtig, in denen Zigaretten und Zigarettenabak verkauft werden.

Geyer (SD): Da zahlreiche kleine Zigarettenfabrikanten nebenbei den Verkauf von Zigaretten betreiben, trifft man mit diesem Gesetze die ganze Zigarettenfabrikation.

Und diese Politik geht unter dem Namen der Mittelstandspolitik! Das Gesetz wird einen solchen Unwillen erregen, daß man es schon nach einjährigem Bestehen wieder abschaffen muß, wie es mit dem entsprechenden Gesetz in Amerika geschehen ist. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

§ 10 wird angenommen. § 11 trifft Bestimmungen über die Buchführung.

v. Elm (SD): Auch dieser § wird wieder die kleinen Betriebe besonders hart treffen, die sich nicht kaufmännisch geschulte Buchhalter leisten können. Mittelstandspolitik! (Sehr gut! links.)

Wesermann (NL) sucht die Bedenken des Vorredners zu entkräften.

Mollenbühr (SD): Bei dem Tiefstand unserer Volkshaltung muß die Bestimmung doppelt verhängnisvoll wirken, zumal sie alles andere eher denn klar gefaßt ist. (Zustimmung b. d. Soz.)

§ 11 wird angenommen, desgleichen § 12.

§ 13 handelt von der Aufsichtsbefugnis der Steuerbeamten.

v. Elm (SD): Der zweite Absatz dieses Paragraphen bevollmächtigt den Steuerbeamten, die Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen auch zur Nachzeit zu besuchen. (Heiter.) Dieser § ist wieder ein sprechendes Beispiel für die praktische Undurchführbarkeit dieses Gesetzes. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Geld (NL) hält nach dem Wortlaut des Paragraphen einen nächtlichen Besuch der Steuerbeamten bei den Heimarbeiterinnen für ausgeschlossen.

§ 13 wird angenommen. — § 14 verpflichtet die Zigarettenindustriellen zur Hilfeleistung bei Ausübung der Steueraufsicht.

v. Elm (SD): Dieser Paragraph bietet eine weitere Handhabe zu Drangsalierungen und stellt mit seinen behäbigen Bestimmungen eine große Gefahr für die Industrie dar. (Sehr wahr! b. d. Soziald.)

Schlagschlag Frhr. v. Stengel sucht die Bedenken des Vorredners zu zerstreuen.

v. Elm (SD) hält daran fest, daß der § 14 auf die Industrie und auf die Steuerbeamten konvergenzartig wirken werde. (Bravo! b. d. Soziald.)

§ 14 wird angenommen.

§ 15 bestimmt u. a., daß auf Verlangen der Steuerbehörde Bestimmungen und Ausführungsbestimmungen dieses Gesetzes in den Verkaufsstätten ausgehängt werden müssen.

Mollenbühr (SD) tabelt die unklare Fassung des Paragraphen.

Reichschlagschlag Frhr. v. Stengel hält die Fassung des Paragraphen für klar.

§ 16 bestimmt u. a., daß geleerte Umschließungen als bald zu vernichten sind.

v. Elm (SD) bezeichnet es als unerhört, daß man Leute nötigen wolle, Packungen zu vernichten, die zum Teile einen Herstellungswert von 20 Mk. haben.

Reichschlagschlag Frhr. v. Stengel weist darauf hin, daß eine Unbrauchbarmachung zur Wiederverwendung als Zigarettenpackung schon als ausreichende Vernichtung anzusehen sei.

§ 16 wird angenommen.

Ebenso die Paragraphen 17 bis 23.

§ 24 verkündet die Ausschlußmaßnahmen.

v. Elm (SD): Dieser Paragraph gibt den Steuerbeamten eine geradezu inquisitorische Macht. (Zustimmung b. d. Soziald.)

§ 24 wird angenommen.

Ebenso die Paragraphen 25 bis 32.

Als § 32a beantragen die Abg. Albrecht und Gen. (SD) eine Bestimmung, welche eine Entschädigung der innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Gesetzes arbeitslos werdenden Zigarettenarbeiter und Zigarettenarbeiterinnen mit einer einmaligen Abfindungssumme zwischen 300 bis 2500 Mk. pro Kopf vorsieht. Die Höhe der Entschädigung soll sich nach der Zahl der in der Tabakindustrie verbrachten Arbeitsjahre richten.

Ein Amendement des Abg. Grafen Brudzewo-Mielcziński (Polen) will die Bestimmungen des Antrags Albrecht auch auf Heimarbeiter ausdehnen.

Mollenbühr (SD) begründet den Antrag. Die Tabakarbeiter gehörten früher zu den bestenlohten Arbeitern. Aber die Erhöhung des Tabakpreises im Jahre 1879 führte zu gewaltigen Lohnreduktionen. Vor 1879 wurden 18 Mk. für das Befertigen von 1000 Zigaretten bezahlt, 1892 dagegen 5 bis 12 Mk. (Hört, hört! links.) Das vorliegende Gesetz wird eine neue Lohnrückerei eintreten lassen. Geradezu töricht ist es, die Arbeiterinnen mit der Aussicht zu trösten, daß sie als Hausmädchen Beschäftigung finden können. Wenn ein Stück Holz als Niegel verarbeitet ist, läßt es sich nicht mehr als Feinsterrahmen verwenden. Ebenso wenig können Arbeiter von einer Beschäftigung zu einer ganz verschiedenen versetzt werden. (Sehr richtig! links.) Es steht somit fest, daß dieses Gesetz eine Vermögensschädigung von Personen bedeutet. Bei der Uebernahme von Privatposten, Säckstoffgesetz, namentlich aber auch bei der Aufhebung der Steuerfreiheit der Standesherrn, hat man die Ersatzpflicht des Staates anerkannt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Um so mehr muß hier dieser Grundsatz befolgt werden, wo die Geschädigten arme Leute sind, die nichts weiter als ihre Arbeitskraft haben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir verlangen die Entschädigung sowohl im Interesse derer, die arbeitslos werden, als auch im Interesse derer, die ihre Arbeit behalten, da, wenn keine Entschädigung gezahlt werden wird, die Arbeitslosigkeit zu einem noch stärkeren Hebel der Lohnrückerei werden wird. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Den Zusatzantrag des Grafen Mielcziński akzeptieren wir natürlich gern, da es sich gleich bleibt, ob Heimarbeiter oder Fabrikarbeiter geschädigt werden. Der Anreiz, der im Gesetz liegt, die Löhne herabzudrücken, weil mit dem Löhnen auch die Steuer sinkt, macht eine Entschädigung doppelt notwendig. Wollen Sie nicht Tausende von Mädchen der Prostitution in die Arme treiben, so nehmen Sie wenigstens diesen unsern Antrag an, der geeignet ist, wenigstens die schlimmsten Folgen des Gesetzes abzuschwächen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Reichschlagschlag Frhr. v. Stengel: Die Kommission hat denselben Antrag bereits mit großer Mehrheit abgelehnt. Ich bitte das Plenum dringend, ebenfalls den Antrag abzulehnen. Die Vorgänge bei der Beseitigung der Privatposten lassen sich mit diesem Gesetz nicht vergleichen, durch das nicht ein ganzes Gewerbe verboten werden soll. Die Besorgnisse wegen des Konsumrückganges sind schrecklich übertrieben. Auch von der Schaumweinsteuer befürchtete man einen Konsumrückgang und jetzt wird mehr Sekt getrunken als früher. (Lachen b. d. Sozialdemokr.)

Graf Brudzewo-Mielcziński (Polen) befürwortet warm den sozialdemokratischen Antrag und sein dazu gestelltes Amendement. (Beifall b. d. Polen und Sozialdemokr.)

Jäger (Z) spricht sich gegen den Antrag aus. Beim Bleiweißverbot, das sie selbst beantragt haben, dachten die Sozialdemokraten an keine Entschädigung, obwohl dadurch noch viel mehr Arbeiter brotlos geworden wären.

Geld (NL): Die jungen Mädchen werden schon wieder Arbeit finden, z. B. in der Kartonagebranche. Wer wird denn feststellen können, ob die Arbeiterinnen gerade wegen dieses Gesetzes entlassen werden?

v. Elm (SD) tritt für Annahme des Antrags Albrecht ein. Es ist keinem Abgeordneten gelungen, meine Beweisführung zu entkräften, daß dieses Gesetz den Übergang von der Hand- zur Maschinenarbeit außerordentlich beschleunigen wird. — Der Schlagschlag sprach von Ueberreibungen und verwies auf das Schaumweinsteuergesetz. Arbeiterzigaretten und Champagner lassen sich doch nicht mit einander vergleichen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) — Abg. Geld meinte, Arbeit sei genug vorhanden für die in der Zigarettenindustrie freierwerbenden Arbeiter. Er sollte einmal sehen, wie sich die Leute drängen, wenn der Arbeitsmarkt irgend eines größeren Blattes zur Ausgabe gelangt. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wenn man sagt, daß es sich um junge Mädchen und nicht um Familienväter handle, so möchte ich darauf hinweisen, daß viele dieser Mädchen die Stützen ihrer Eltern sind. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Reichschlagschlag Frhr. v. Stengel: Ein Monopol würde eine Entschädigung notwendig machen, ein einfaches Steuergesetz nicht.

Mollenbühr (SD): Des Pudels Kern ist, das beim Monopol auch die Fabrikanten getroffen würden. Wenn Unternehmer geschädigt werden, dann ist man mit der Entschädigung leicht bei der Hand. Der Abg. Jäger

hat sogar einst durchblicken lassen, daß die Unternehmer für ihre Schädigung durch die Versicherungsgesetzgebung entschädigt werden müßten. (Hört, hört! b. d. Soziald. Widerspruch im Zentrum.) Wohl würde die Maschinenarbeit auch ohne das Gesetz Fortschritte machen, aber ihre Einführung wird durch das Gesetz beschleunigt. Man sollte sich nicht von dem sonst gelübten Entschädigungsprinzip gerade hier abgeben, wo es sich um blutarmer Leute handelt. (Beifall b. d. Soz.)

Graf Brudzewo-Mielcziński (Polen) konstatiert aus dem Briefe eines Fabrikanten, daß schon jetzt Arbeiterinnen entlassen werden, und betont erneut die moralische Entschädigungspflicht.

Jäger (Z): Durch das Verbot der Kinderarbeit werden die Eltern der Kinder geschädigt.

Mollenbühr (SD): Dieser Verlust würde durch den Ersatz der billigen Kinderarbeit durch teure Arbeitskräfte mehr als aufgewogen werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Darmit schließt die Debatte.

Die Anträge Albrecht und Mielcziński werden abgelehnt. Dagegen wird Antrag Geld (NL) ein 32a eingefügt, welcher Bestimmungen über die Ausfuhr vorgibt.

§ 33 enthält die Uebergangsvorschriften. Er wird unter Ablehnung des Antrags Mielcziński (Polen) auf Ausdehnung der Annahmefrist auf 3 Monate nach unvorbereiteter Debatte in der Kommissionfassung angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird debattelos angenommen, desgleichen die Kommissionseresolution auf Ausdehnung der Bundesratsbestimmungen über die Heimarbeiter auf die Tabakindustrie.

Die beantragten namentlichen Abstimmungen werden am Dienstag stattfinden.

Es folgt die Frachturkundensteuer. Die Kommission hat die Regierungsvorlage mit geringen Modifikationen angenommen.

Verichtshatter ist an Stelle des verhinderten Abg. Bernstein (SD) Abg. Geyer (SD).

Lipinski (SD): Die Steuer wird nur geringe Erträge bringen, aber namentlich die kleinen Gewerbetreibenden schwer belasten. Wir lehnen diese industrielle und verkehrseindliche Vorlage ab. (Bravo! bei den Sozialdem.)

Kämpf (Zp): Die Streichung der Besteuerung der Postpaketaffekten und der Eilgutschaffende durch die Kommission ist zu begrüßen, aber was die Kommission übrig gelassen hat, ist immer noch schlimm genug. Die Belegung ganzer Schiffsladungen mit der Frachtsteuer scheint mir sogar in Widerspruch mit der Reichsverfassung zu stehen. Eine Statistik, wie wir sie forderten, wurde abgelehnt, weil sie zuviel Zeit koste. Es kommt doch nicht darauf an, daß ein solches Gesetz schnell fertig gestellt wird, sondern darauf, daß man sich Klarheit über die Verhältnisse schafft, ehe man wichtige Verkehrswege neu besteuert. (Sehr richtig! links.)

Zu verschiedenen Malen hat man sich bei dieser Steuergesetzgebung über schwerwiegende Interessen leicht hinweggesetzt. Der Regierungsvorredner nannte selbst die Einführung dieser Steuer ein Wagnis. Handel und Verkehr bebanten sich dafür, als Objekte solcher Experimente zu dienen. (Sehr richtig! links.) Sie sind schon im Vergleich zu den Konkurrenzländern schwer belastet. (Sehr richtig! links.) Die ganze innere Politik Deutschlands wirkt schwer hemmend auf Handel und Verkehr ein. Die Belastung des Binnenlandverkehrs wird mit der Belastung des Seeverkehrs, die Belastung des letzteren mit der des ersteren gerechtfertigt. (Sehr gut! links.) Man sagt, die vorgeschlagenen Sätze seien sehr gering. Schon das ist nicht unbedingt richtig. Die Belastung ist für die Betroffenen schon fühlbar genug. Das schlimmste aber ist, daß diese Stempelsteuern eine unwiderstehliche Tendenz auf Vergrößerung haben. (Sehr wahr! links.) Redner gibt einen Ueberblick über die Geschichte der deutschen Stempelsteuer von 1881 ab, und erkundigt sich nebenbei danach, wie es mit dem Wörsengezetz steht. (Bravo! links.) Das Wörsengezetz soll im Bundesrat fertig sein. Warum ging es denn nicht den kurzen Weg vom Bundesrat zum Reichstag? (Sehr gut! links.) Wir lehnen die Kommissionsbeschlüsse ab. (Beifall links.)

Staatssekretär Frhr. v. Stengel: Ueber das Wörsengezetz kann ich keine Auskunft erteilen, da es zum Ressort des Reichsamt des Innern gehört. Die Regierung ist mit der größtmöglichen Vorfrist vorgegangen. Es kann dem Handel und Verkehr wohl angeschlossen werden, diese minimale Ausgabe zu tragen. (Zuruf links: minimal?)

Graf Kanitz (R) tritt für die Vorlage ein und befürwortet einen reaktionellen Ueberberungsantrag.

Gothlein (Zp): Die Vorlage widerspricht dem Artikel 54 der Reichsverfassung, der Schiffsabgaben nur dann zuläßt, wenn es sich um besondere Anlässe zur Erleichterung des Verkehrs handelt. Außerdem steht die Vorlage in Widerspruch mit dem Rhein- und dem Elbischiffabkommen. Diese Verträge können als internationale Uebereinkommen auf keinen Fall einseitig abgeändert werden. All das hat die Kommission übersehen. Bei aller Hochachtung vor der Sigfähigkeit der Kommission muß ich gerade die Vorlage als minderwertig bezeichnen. (Beifall links.)

Präsident Graf Ballosterm kündigt einen Antrag Dove-Kämpf auf Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission an.

Reichschlagschlag Frhr. v. Stengel bittet dringend um Ablehnung dieses Antrages, weil dadurch die ganze Reichsfinanzreform eventuell auf Scheitern gebracht werden könne, worauf dann die Schuldenwirtschaft fortgesetzt werden müßte. Die Besteuerung von Frachturkunden für den Seeverkehr ist schon geltendes Recht, ohne daß darüber Beschwerden an uns gelangt sind. Der Hinweis des Herrn Vorredners auf Artikel 54 der Reichsverfassung trifft die Sache nicht, da es sich hier nicht um Schiffsabgaben im Sinne des Artikels 54, sondern um eine Stempelabgabe von Frachturkunden, gleichgültig, ob das Stück den Wasser- oder Landweg geht, handelt.

Dr. Wiesner (Zp): Ich kann den Antrag auf Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission nur unterstützen. An diesen 200 000 Mk. kann doch die Reichsfinanzreform nicht scheitern. Jedenfalls haben wir die Pflicht, Gesetze so gründlich wie möglich zu machen. (Sehr richtig! links.) Beschwerden über den bestehenden Frachturkundenstempel, von denen der Herr Schlagschlag nichts wußte, sind in der Zeit vielfach recht lebhaft laut geworden. Die Folge der vornehmen Zurückhaltung, welche die beteiligten Kreise in den Klagen über die bestehenden Mißstände gezeigt haben, soll nun sein, daß sie mit noch neuen Lasten belegt werden. Uebrigens belastet die Steuer auch die Landwirtschaft, soweit sie in Wagenladungen ihre Waren bezieht. Die Aeußerung eines Regierungsvertreters in der Kommission, wenn die Vorlage die Landwirtschaft belastete, hätte man sie nicht eingebracht, war sehr be-

zeichnend. (Sehr richtig! links.) Handel und Gewerbe legt man unbedenklich immer neue Lasten auf. Der Verkauf, den Binnenverkehr dieser Steuer zu unterwerfen, tauchte in der Kommission ganz plötzlich auf und ist dann ohne genügende Unterlagen zum Beschluß erhoben. So haben die Beteiligten gar keine Gelegenheit gehabt, sich zu äußern. Durch die Doppelbesteuerung bei der Ueberladung von Schiffsräumen auf die Eisenbahn werden gerade die Massengüter der Binnenschifffahrt entzogen werden. Aus allen diesen Gründen lehnen wir die Vorlage ab. (Beifall links.)

Livinski (Sd.): Der Geist der Regierung hat bei dieser Gesetzgebung immer sehr schnell eine Verbindung mit dem der Mehrheit gefunden. Man hat einfach darauf los beschossen, ohne Rücksicht auf Verkehr, Industrie und Arbeiter, nur um der Regierung möglichst viel Steuereinkünfte zu schaffen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Den Einwand, daß hier einfach eine Bestimmung der Reichsverfassung umgangen wird, hatten wir auch in der Kommission erhoben. Aber bei dem Bloß, den die Mehrheitsparteien bilden, nützen Argumente nichts, es wird einfach bewilligt. (Beifall bei den Soz.)

Dove (Bz.): Es handelt sich hier nicht nur um eine Verlesung, sondern auch um eine Umgehung der Verfassung, indem lediglich zum Zwecke der Stempelung eine neue Schiffsfahrtsurkunde geschaffen ist. Außerdem ist die Verfassung auch die Basis unserer internationalen Verträge. (Sehr richtig! links.)

Damit schließt die Debatte. Der Antrag Dove-Kämpf wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten und Polen abgelehnt.

Der Antrag Kanitz sowie der Artikel in der Kommissionsfassung werden angenommen.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung des Stempelsteuergesetzes auf Dienstag 1 Uhr. (Außerdem namentliche Abstimmung über den § 2 des Zigarettensteuergesetzes.)

Schluß 6 Uhr.

Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, den 7. Mai 1906.

Der Wortführer teilt mit, daß der Senat die Bedingungen, welche die Bürgerschaft an die Errichtung zweier Richterstellen knüpfte, akzeptiert hat. Weiter ist eingegangen ein Antrag von Dr. Veretän auf Regelung der Besoldungsfrage bei den neuen industriellen Anlagen. Derselbe soll auf die Tagesordnung einer der nächsten Versammlungen gesetzt werden.

Darauf wird in der Beratung des Senatsantrages auf Erhöhung der Bezüge und der Zahl der pensionsberechtigten Hilfsarbeiter fortgefahren.

Hierzu liegen eine Reihe von Anträgen von Klein, Thiele und Dobberstein, die wir bereits anlässlich der letzten Bürgerschaftsversammlung zum Ausdruck brachten, vor.

Der Wortführer macht bekannt, daß weiter ein Antrag Recht eingegangen sei, nach welchem bei Annahme des Senatsantrages die Behörden ermächtigt sein sollen, den pensionsberechtigten Hilfsarbeitern Zulagen in Höhe bis zu 200 Mark über ihr Höchstgehalt zu gewähren. Dibenburg beantragt, die Senatsvorlage dahin abzuändern, daß das Höchstgehalt der pensionsberechtigten Hilfsbeamten auf 2000 Mk. festgesetzt wird.

Klein zieht seinen Antrag auf Festanstellung der Hilfsbeamten nach 10jähriger Dienstzeit zugunsten desjenigen des Herrn Dobberstein, der ähnliches nach 15-jähriger Dienstzeit will, zurück.

Senator Dr. Stooss wendet sich gegen die Anträge des Herrn Klein. Eine wirkliche Teuerung, wie sie Klein aus den gegenwärtigen teuren Lebensbedingungen konstruiert, besteht tatsächlich nicht. Wenn eine Teuerungszulage gewährt werden soll, so müßte man dieselbe doch auch den noch schlechter gestellten Arbeitern zuteil werden lassen. Dazu reichen jedoch unsere finanziellen Verhältnisse nicht aus. Redner geht darauf auf die Anträge auf Erhöhung des Endgehaltes der Hilfsarbeiter ein; durch dieselben würde eine Revision des Beamtenetats notwendig werden, und eine solche ist aus finanziellen Gründen nicht angängig. Eine große Anzahl von Hilfsarbeitern verdient kaum die gezahlten 1200 Mk.

Wissell: In einer der letzten Sitzungen wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß persönliche Gehaltszulagen das Strebertum unter den Beamten fördern; ich habe dem damals zugestimmt und glaube, daß die Befürchtung noch mehr bei dem gegenwärtigen Besoldungsmodus der Hilfsbeamten zutrifft. Mit Bedauern habe ich aus dem Munde des Herrn Senators Stooss vernommen, daß dieser Zustand in Zukunft bestehen bleiben soll. Ein trauriges Zeugnis hat Senator Stooss den Angestellten ausgestellt, als er sagte, daß viele derselben nicht einmal 1200 Mk. verdienen. Man sollte mit dem herrschenden Besoldungssystem brechen und auch den Hilfsarbeitern Zulagen nach Dienstjahren gewähren; dadurch würde dem Strebertum vorgebeugt. Unter den bestehenden Verhältnissen kommt der stille, bescheidene, aber tüchtige Beamte, der nicht kabbucheln kann, am schlechtesten weg. Besonders tüchtige Hilfsarbeiter kann man dadurch belohnen, daß man sie in höhere etatsmäßige Stellen einrückt.

L. Bape möchte ich noch kurz die Gehaltsverhältnisse der Stadtbibliothekare streifen. Im letzten Budget sind dieselben erstmalig spezifiziert aufgeführt. Danach bezieht der erste Hilfsbibliothekar rund 3000 Mk., während der zweite nur 1800 Mk. erhält. Dabei handelt es sich um wissenschaftlich gebildete Leute mit grauen Haaren, die ihre ganze Arbeitskraft für dieses jämmerliche Gehalt hergeben. Meinem Gefühl nach haben die Herren über ihre Bücher sich selbst vergessen. Dabei leisten diese außerordentlich lebenswürdigen Herren für die Bildung der Erwachsenen doch wohl mindestens soviel, wie ein junger Oberlehrer am Katharineum oder Johanneum, dessen Anfangsgehalt 4000 Mk. beträgt. Es scheint, als ob man die Stadtbibliothek als Stiefkind behandeln wolle. Jedenfalls ist eine Gehaltserhöhung der Stadtbibliothekare eine Notwendigkeit.

Dobberstein begrüßt den Senatsantrag dankbar. Mein Antrag geht dahin, die Hilfsarbeiter lebenslänglich einzustellen, und das ist für die Beamten das Wichtigste, nicht das Gehalt. Mit den leidenschaftlichen Ausführungen des Herrn Wissell ist den Hilfsarbeitern ein schlechter Dienst erwiesen.

Thiele: Will der Staat tüchtige Beamte haben, so muß er sie auch anständig bezahlen. Ich beantrage deshalb die Revision des Beamtenetats und bitte Sie, meinen Antrag unterstützen zu wollen.

Schneider befürwortet seinen Antrag, der dahin geht, den Beamten das Gehalt am letzten Werktage im Monat auszusahlen, wenn der erste Tag des kommenden Monats auf einen Sonn- oder Festtag fällt. Redner hält auch die Erhöhung des Endgehaltes der pensionsberechtigten Hilfsarbeiter, wie sie von Klein beantragt wird, für

wohl angängig und will dafür stimmen; gleichfalls tritt er für den Antrag Dobberstein ein.

v. Schack freut sich des Senatsantrages und erklärt sich gegen den Antrag Thiele. Weiter richtet er die Anfrage an den Senat, ob die Gehaltsverhältnisse der Handarbeits- und Turnlehrerinnen, die sehr traurig sind, nicht aufgebessert werden können. Von den in Betracht kommenden Lehrerinnen sei eine diesbezügliche Eingabe bereits im vorigen Jahre gemacht worden.

Senator Dr. Fehling erklärt, daß die Oberschulbehörde die Angelegenheit prüfe und daß in absehbarer Zeit eine entsprechende Vorlage kommen werde.

Dibenburg tritt für seinen Antrag ein, der materiell am Senatsantrag nichts ändere, der jedoch den ersten Schritt zu einer festen Besoldung der Hilfsarbeiter bilde. Wenn bei anderen Beamten eine Gehaltserhöhung nicht von dem Wohlwollen des Vorgesetzten abhängig zu sein braucht, so ist das auch bei den Hilfsarbeitern nicht nötig. Der Antrag Dobberstein bedeutet meines Erachtens eine Verschlechterung des Kleinschen Antrages.

Recht: Ein Höchstgehalt von 2200 Mk. geht für die in Betracht kommenden Beamten zu weit. Redner befürwortet sodann sein Ersuchen, und hält es für bedenklich, daß Senatsanträge auf Gehaltserhöhungen mit Anträgen auf weitergehende Gehaltserhöhungen beantwortet werden. Es ist auch völlig unzulässig, die Hilfsarbeiter, die doch aus verschiedenen Gruppen bestehen, gleichmäßig im Gehalt zu stellen. An ein Zurückgehen der Lebensmittelpreise glaube ich nicht recht, und deshalb ist eine widerwärtige Teuerungszulage, wie sie Herr Klein beantragt, nicht angebracht, da im Falle des Widerstands desselben ein Sturm der Entrüstung entstehen würde. In Bezug auf den Antrag Dobberstein kann ich sagen, daß ich für denselben stimmen werde, wenn er 15 Jahre nach dem Dienstantritt als Frist für die feste Anstellung der Hilfsarbeiter vorsehen würde; eine materielle Verringerung wird dadurch nicht herbeigeführt. Nun noch ein Wort zu dem Ausführungen, die dahingehen, daß durch persönliche Gehaltszulagen Liebedienerei und Strebertum gefördert werden. Demgegenüber muß ich erklären, daß mir, der ich die Verhältnisse aus eigener Erfahrung genauer kenne, ebenso wie den Behörden, jedenfalls die fleißigsten und ruhigsten Beamten die liebsten sind. Streber wird man bald erkennen und richtig bewerten. Dienstfertige Beamte sind natürlich gern gesehen, aber Dienstfertigkeit ist doch etwas anderes wie Strebertum.

Senator Dr. Stooss unterschreibt im wesentlichen die Ausführungen des Geheimrats Recht. Gegenüber Herrn Wissell möchte ich bemerken, daß ich nur gesagt habe, daß manche Beamte die 1200 Mk. nicht einmal verdienen; deshalb war seine scharfe Kritik nicht berechtigt. Nach den Zeitungen sind übrigens die Viehpreise gegenwärtig gesunken; das möchte ich noch zu der Teuerungszulage sagen. **Klein:** Tatsächlich sind die Preise aller Lebensbedürfnisse seit dem Jahr 1890 um mehr als ein Viertel gestiegen, und deshalb ist ein Endgehalt von 2000 Mk. für Leute im vorgerückten Lebensalter durchaus nicht zu hoch. Es ist immer von Sparsamkeit die Rede. Wir haben vor einiger Zeit einen Saalbau, der doch zweifellos einen Luxus darstellt, mit 500000 Mk. bewilligt. Aus den Zinsen dieser Summe hätte die Gehaltserhöhung der Hilfsarbeiter bestritten werden können. Mit Teuerungszulagen sind übrigens auch die Hamburger Behörden vorangegangen; wir würden damit also nicht allein stehen.

Bedefer erklärt, daß er einen Antrag auf Besserstellung der Handarbeitslehrerinnen stellen wolle; nach den Erklärungen vom Senatstische nehme er davon Abstand.

Hempel: Ich möchte gegenüber Herrn Recht betonen, daß er nur als Chef und ich als Beamter fühle; deshalb war er auch ein schlechter Missionar, als er mich von meinen Ansichten über die persönlichen Gehaltszulagen und ihre Wirkungen belehren wollte. Im übrigen möchte ich die Anträge, welche eine höhere Gehaltsforderung in sich schließen, befürworten. Im letzten Falle würde ich auch für den Senatsantrag stimmen.

Dr. Beverlühn führt an, daß der eine Bibliothekar der Stadtbibliothek noch im Nebenamt Bezüge hat, und daß der andere nicht mit wissenschaftlich gebildeten Lehrern gleichgestellt werden kann.

Wissell: Herr Dr. Beverlühn gegenüber möchte ich bemerken, daß es auch Richter gibt, die im Nebenamt Bezüge haben, ohne daß dieselben bei der Festsetzung des Gehalts in Frage kommen. Wenn Herr Dobberstein meint, daß durch meine leidenschaftlichen Ausführungen den Hilfsarbeitern ein schlechter Dienst erwiesen sei, so beweist er damit nur, wie niedrig er seine Bürgerschaftskollegen einschätzt, indem er denselben unterschreibt, sie lassen sich nicht von sachlichen, sondern von persönlichen Gründen in ihren Handlungen leiten. So niedrig schätze nicht einmal ich die Bürgerschaftsmitglieder ein.

L. Bape hätte gern gesehen, wenn der Antrag Klein nicht fallen gelassen wäre; er befürwortet, daß die Hilfszulage auch in die Stellen der Schulleute einrücke.

Dobberstein: Herr Wissell spricht stets von uns und wir; ich will hoffen, daß Herr Wissell eine eigene Meinung mit in die Bürgerschaft bringt. Weiter hat Herr Wissell viel vom Strebertum gesprochen; er scheint demnach viele persönliche Erfahrungen darin gemacht zu haben.

Dr. Wittern spricht für einen Antrag auf Verringerung des Beamtenetats.

Wissell: Ich habe schon einmal gesagt, daß wir nicht mit vorgefaßten Meinungen in die Bürgerschaft kommen, und Herr Dobberstein hat nichts vorgebracht, was Zweifel in die Richtigkeit dieser meiner Ausführungen aufkommen lassen könnte. Aber es wird nicht nur Stroh gebaut, Stroh gegessen, sondern auch Stroh geredet, und das hat Herr Dobberstein in reichem Maße getan.

Der Wortführer ruft den Redner deshalb zur Ordnung.

Klein befürwortet noch einmal kurz seine Anträge; auch von den Hilfsarbeitern werden mancherlei Kenntnisse verlangt.

Es folgen hierauf persönliche Bemerkungen der Herren **Recht** und **Hempel**.

Schulmerich ist für die Revision des Beamtenbesoldungsetats und wünscht eine Besserung der Gehaltsverhältnisse der Hilfslehrer und Lehrerinnen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird nunmehr angenommen.

In der Abstimmung wird der Senatsantrag angenommen, und auf Antrag Klein beschlossen, den Erhöhungen rückwirkende Kraft zum 1. April zu geben. Weiter wurde der Antrag Schneider angenommen. Die übrigen Abänderungsanträge werden abgelehnt.

Nunmehr gelangt die Eingabe des Vereins für Schulgesundheitspflege, betr. Errichtung von Spielplätzen für die Jugend, zur Beratung.

Hempel befürwortet dieselbe kurz. Das Burgfeld kommt als Spielplatz in letzter Zeit nicht mehr erheblich

in Betracht, da Polizeisten streng darüber wachen, daß Bälle nicht etwa über die Wege rollen oder das Publikum belästigen.

Thiele weist ebenfalls auf die Notwendigkeit hin, für eine Verbesserung der Gesundheit der Jugend zu wirken und hofft, daß das Ersuchen möglichst einstimmig an den Bürgerschaftsausschuß gerichtet wird. Eine sorgfältige Prüfung der Sache in dieser Körperschaft ist dringend wünschenswert.

Senator J. Ewers: In der Baudeputation wird die Frage ebenfalls eingehend erörtert werden.

Dr. Meyer möchte die Behörde ersuchen, schon heute die Plätze zum Spielen der Kinder benutzen zu lassen, die dafür später in Aussicht genommen sind.

Das Ersuchen wird darauf an den Bürgerschaftsausschuß verwiesen.

Nunmehr gelangt zur Beratung der Senatsantrag betr. Verlegung des städtischen Wasserbauplatzes auf das Gelände am rechten Traveufer unterhalb des Grundstücks der Lübeckwerke.

v. Schack vermischt eine eingehende Begründung der Vorlage und bittet, dem Senat die Ermächtigung zu erteilen, die Vorarbeiten vornehmen zu lassen, die einzelnen Summen jedoch kommissarisch präsen zu wollen.

Senator J. Ewers: Wir haben nichts dagegen einzuwenden, wenn die Senatsvorlage angenommen wird und nachher die einzelnen Summen geprüft werden. Die Ausgabenposten sind nicht zu hoch angelegt.

L. Bape rügt ebenfalls, daß die Vorlage der Bürgerschaft zu spät zugegangen ist. Weiter fragt Redner an, ob der Staat den Bau in eigene Regie übernimmt. Beim Bau des Hochofenwerkes haben wir durch eigenen Augenchein die Wahrnehmung machen müssen, daß dort die Arbeiter untergebracht sind, wie die Feringe in den Tonnen. Männer und Frauen arbeiten zusammen, und nützlich am Teil in einem Raum. Solche Verhältnisse möchte ich nicht beim Bau des Wasserbauplatzes wünschen.

Senator J. Ewers: Die Arbeiten, die nach dem vorliegenden Senatsantrag notwendig sind, dürften größtenteils von hiesigen Arbeitern hergestellt werden. Die Baukosten sind sorgfältig geprüft worden.

v. Schack: Ich will heute nur den Grund bewilligen nicht die Baufumme; demnach hat Herr Senator Ewers mich falsch verstanden.

L. Bape: Ich möchte nunmehr an den Senat das Ersuchen richten, die Arbeiten nur an hiesige Unternehmer zu vergeben und denselben zur Verhinderung zu machen, daß sie ihre Arbeiter nach den zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinbarten Lohnsätzen bezahlen.

Senator J. Ewers bittet, diesem Ersuchen keine Folge geben zu wollen, da es nicht Aufgabe des Staates sein könne, sich in die Lohn- und Arbeitsverhältnisse privater Unternehmer zu mischen.

Wissell befürwortet den Antrag Bapes, der doch nur das erreichen wolle, was private Unternehmer ihren Arbeitern in Lübeck bereits gewöhren. Die Zustände beim Bau des Hochofenwerkes sind skandalös; beständen solche Unterkunftsverhältnisse, wie sie dort vorhanden sind, in Lübeck, so würde die Behörde schon längst eingeschritten sein.

Senator J. Ewers: Die Baudeputation entschließt sich nur schwer, Staatsarbeiten nach auswärts zu vergeben; das geschieht auch nur im Staatsinteresse. Beim Bau des Elbe-Trave-Kanals sind die Interessen der Arbeiter von den Behörden stets gewahrt worden.

S. Thiel meint, daß hinter dem Antrag Bape politische Motive stecken. Die Konsequenzen seien unübersehbar, und deshalb müsse dringend vor der Annahme desselben gewarnt werden.

L. Bape weist die Äußerungen Thiels als unberechtigt zurück. Gerade durch sein Ersuchen sollen Streitigkeiten vermieden werden, die sonst zwischen Unternehmern und Arbeitern leicht entstehen.

Glasau: Die Baudeputation ist stets bemüht, hiesigen Unternehmern ihre Arbeiten zuzuwenden zu lassen. Wenn das beim Bau des Hochofenwerkes nicht geschehen ist, so mögen daran die vielen Unruhen im Baugewerbe die Schuld tragen.

Wissell: Auch die polnischen Arbeiter beim Hochofenwerk sind für die Verbände zu gewinnen; also sind auch hier die Unternehmer nicht vor Beunruhigungen geschützt. Gegenüber Herrn Thiel bemerke ich, daß wir glauben, daß Sie aus sachlichen Motiven handeln; ein gleiches nehmen wir auch für uns in Anspruch.

S. Thiel erklärt, er habe Wissell keine unlauteren, sondern politische Motive zugeschrieben, und deshalb vor der Annahme des Antrags Bape gewarnt.

Glasau: Die Herren von links wollen die Lohnverhältnisse der Zimmerer auf dem Wasserbauplatz, die nicht den in Lübeck geltenden Minimalhöhen entsprechen, ändern. Es steht ja täglich im Volksmunde, daß über den Wasserbauplatz für Zimmerer die Sperre verhängt ist. Auf dem Wasserbauplatz werden aber meist ältere Leute beschäftigt, die bei privaten Unternehmern keine Beschäftigung erhalten würden.

Wissell bestreitet nochmals, daß politische Motive das Ersuchen Bapes diktiert hätten.

Dr. Wegke schildert kurz die traurigen Arbeitsverhältnisse in Schlesien, die auch durch erhöhte Löhne nicht gebessert werden würden.

L. Bape: Wir wollen hier in Norddeutschland doch keine schlesische, sondern lieber in Schlesien norddeutsche Zustände einführen.

Darauf wird der Senatsantrag angenommen, das Ersuchen Bapes jedoch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Debattelos genehmigt wird der Senatsantrag betr. Bewilligung von 21000 Mark zur Herstellung einer Straße an der Westseite des Grundstücks der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft.

Darauf erfolgte um 10 Uhr Schluß der Versammlung.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 8. Mai.

Die Malergehilfen sind von ihren Meistern ausgesperrt worden. Zutritt von Malern nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Zutritt von Holzarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Wegen Maßregelung von Verbandsmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug. Scheore verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

Zuzug von Mauern, Zimmerern und Bauarbeitern nach Schwartau, Pausdorf und Riendorf a. O. ist fernzuhalten, da dort ein Streit ausgebrochen ist.

Die hiesigen Bauschlosser sind heute morgen in den Ausstand getreten. Der Zuzug ist streng fernzuhalten.

Achtung, Zimmerer! Ueber den städtischen Wasserbauplatz ist seitens der Zahlstelle Lübeck des Zentralverbandes der Zimmerer die Sperre verhängt wegen Nichtanerkennung des hierorts zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgeschlossenen Arbeitsvertrages.

Eisenbahnunfall. Von dem abends 6,16 Uhr in der Richtung nach Lüneburg abfahrenden Personenzuge sind am Sonnabend abend kurz vor der Einfahrt in die Station Echem drei Wagen entgleist. Der Personenverkehr erlitt erhebliche Unterbrechungen, da die fahrplanmäßigen Züge von Lüneburg nicht abgelassen werden konnten; auch trafen die Züge nach Lübeck mit teilweisen Verspätungen hier ein. Einige Personen erlitten bei dem Unfall geringfügige Verletzungen, auch soll der Materialschaden ein ziemlich bedeutender sein. Wie wir hören, ist der Unfall auf falsche Weichenstellung zurückzuführen.

Stadthallen-Theater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Heute kommt der lustige Schwank „Die Doppel-Ehe“ zur Aufführung. Derselbe hat, als er am Sonntag im Wilhelmtheater dargestellt wurde, sehr gut gefallen. Die Künstler wurden von dem Publikum durch reichen Beifall ausgezeichnet. Hoffentlich bleibt der Erfolg diesem liebenswürdigen Werk auch auf dem Boden der Stadthallen treu.

Wilhelmtheater. Auf dieser Bühne werden wir am Mittwoch die erste Operettenaufführung sehen, und zwar den „Obersteiger“ von Carl Zeller, der am Sonntag im Stadthallen-Theater gegeben wurde und sehr beifällig aufgenommen worden ist. Die Preise sind die am Wilhelmtheater gewohnten. Beginn 7 1/2 Uhr.

Hansa-Theater. Direktor Max Samst bittet uns mitteilen, daß mit der heutigen Eröffnung der Berliner Sittenbilder „Verlorene Mädchen“ und der Parodie „Baptistenreich“ Sommerpreise im Hansa-Theater eingeführt

werden. Die Preise sind so klein gestellt, daß es jedermann ermöglicht ist, die Vorstellungen zu besuchen. Das Metropol-Ensemble hat sich mit seinem urkomischen Schwank „Onkel Cohn“ so vorteilhaft eingeführt, daß wir den Aufführungen der neuangekündigten Stücke mit regem Interesse entgegensehen dürfen.

ph. Ermittelt und festgenommen wurde ein hiesiger arbeits- und wohnungsloser Böttcher, der einem hiesigen Schuhmacher, bei dem er sich beschuldigt aufhielt, eine silberne Damenuhr wegnahm.

ph. Selbst gestellt. In der Nacht vom 6. 7. d. Mts. meldete sich an der Kaspelwache ein fremder Artist, der sich selbst bezichtigte, im September 1904 mit einem Komplizen, den er ebenfalls nannte, einen Einbruch bei einem Uhrmacher in Kalk a. Rh. verübt zu haben, wobei ihnen 800 goldene und silberne Herren- und Damenuhren, sowie 96 Trauringe in die Hände gefallen waren. Die Uhren hätten sie zum größten Teil in Berlin versteckt und die Trauringe eingeschmolzen. Der Dieb wurde festgenommen. Der Einbruch hat tatsächlich zu der angegebenen Zeit stattgefunden.

Hamburg. Die Aussperrung der Solarbeiter scheint sich in Hamburg nicht nach dem Willen der Arbeitgeber erledigen zu wollen. In mehreren Möbelfabriken haben die ausgesperrten Tischler sich geweigert, zu den alten Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Circa 700 sind noch arbeitslos. Gestern langte ein Transport aus Oesterreich hier an, den sich die hiesigen Arbeitgeber — angeblich die Hamburg-Amerika-Linie — hat kommen lassen. Die so arg belagerten und dapierten Leute, 150 an der Zahl, machten aber wieder kurzerhand fecht. Es wird jedenfalls richtig sein, bis zur Beendigung der Sache resp. der Wiedereinstellung der Aussperrten mit dem Zuzug nach Hamburg recht vorsichtig zu sein.

Guzhaven. Ueber der Unterelbe gingen Sonntag schwere Gewitter nieder. In Geversdorf entzündete der Blitz den Kirchturm, in Oberquart richtete eine Windhose großen Schaden an. Mehrere Personen wurden durch Blizschlag betäubt.

Delmenhorst. 400 Arbeiter der Linooleumfabrik Anfermarke in Delmenhorst befinden sich im Ausstande. Zuzug nach Delmenhorst ist daher bis auf weiteres streng fernzuhalten.

Flensburg. Gemeingefährlicher Schießun-

fall. Der schulpflichtige Sohn eines Stationsassistenten idtierte beim Spielen mit einem Leasing in der Nähe von Märsied den elfjährigen Sohn der Witwe Jensen von hier durch einen Schuß in den Unterleib.

Machin. Fürstliche „Nepotomanie“. Zu dem Skandal im fürstlich Wredischen Hause wird dem „S. C.“ mitgeteilt: Die Wohnung des Dieners Glase wurde von Kriminalbeamten durchsucht. Diefse beschlagnahmten eine Masse Briefe, fanden darin aber nichts, was Glase belasten könnte. Der Verhaftete bestreitet den ihm zur Last gelegten Erpressungsversuch. Er behauptet, daß er sich nur habe rächen wollen. Die Fürstin Wrede, welche selbst bei jeder Gelegenheit gestohlen habe, sei am allerwenigsten berechtigt gewesen, ihn, wie sie es getan, einen Spitzhüben zu nennen. Er habe an den Silberdiebstählen nicht teilgenommen, aber wohl gesehen, wie es andere oft gemacht hätten, die unter dem Einfluß der Fürstin ständen. Von zwei Berliner Hotels, in denen sich die Fürstin vor ihrer letzten Reise nach Madrid aufhielt, sind der Kriminalpolizei Anzeigen über Silberdiebstähle mit Hinweis auf die Fürstin als mutmaßliche Täterin erstattet worden. Die Fürstin nahm das Silber nicht nur dort, wo sie wohnte, sondern auch dann, wenn sie nur einkehrte, um etwas zu genießen. — Durch das Ermittlungsverfahren wegen Erpressung wird das Verfahren wegen Diebstahls und Verleumdung gegen die angeklagten Persönlichkeiten des fürstlichen Hauses nicht berührt. Beide Verfahren werden vielmehr gesondert von einander geführt.

Feuerkatastrophe. Ein großer Brand hat Sonnabend in dem bei Wesenberg gelegenen Dorfe Below zwei Bauernhöfe und eine Wädnerei in Asche gelegt. Das Feuer kam vormittags gegen 11 Uhr im Besitzum des Eigentümers Kruse aus, sprang dann auf die andere Seite der Straße über und zerstörte nacheinander die beiden Buschischen Bauernhöfe. Da die Leute auf dem Felde waren und die Häuser Strohdachung hatten, konnte nicht verhindert werden, daß alle drei Besitzungen nebst sämtlichen Nebengebäuden in Flammen aufgingen. Nur das Mobiliar und das Vieh sind gerettet. Von dem Dorfe stehen nur noch zwei Gehöfte.

Postkasten. S. O. S. Der Dampfer „Folle“ beginnt seine regelmäßige Fahrten nach Dahme am 10. Juni.

Unserm Fr. Dreves zu seinem Wiegenfeste ein donnerndes Hoch.

Rate mal.

Schuhmachergejellen

per sofort gerücht.
C. Schulz, Chaloistrake 16.

Gesucht

Mädchen und Frauen

zur gründlichen Erlernung der Damenschneiderei, sowie Musterzeichnen und Zuschneiden

Percevalstraße 51, II., vorm Gürtortor.
Gutes Fahrrad für 24 Mk. zu verfu.
Bei St. Johannis 22, II.

Verloren ein Portemonnaie m. Inhalt. Abzugeben gegen Belohnung in der Expedition d. Bl.

E. Boy, Fisch-
handlung
Telephon 115. Gürtstraße 30. Königstraße 24
(Ecke Waffnenstraße). Täglich: Frisch geräuch.
Bäcklinge, Rote, Seilbutt, Lachsheringe.
Mittwoch Marktstraße 46: Große Goldbutt,
Schellfische, Rotzungen, Seete.

Jeden Donnerstag
von 6—8 Uhr abends:

Bierverkauf

aus der Bierbrauerei Paul Flemming
bei J. Steder, Josephinenstraße 3.

Bräutleute!

Es bietet sich Ihnen die Gelegenheit, äußerst billig sehr schöne Mobilien zu erwerben, nämlich: hübsches russ. Buffet, gr. Spiegel m. Konsole, Schreibtisch,

einzelne Sofas, Beistellisch, Sekretär.
einzelne Betten mit Matratzen, Federbetten, (4teilig), Nähtisch, hübsche Garnitur, einzelne Sessel, Vertikow Teppich, Küchenschrank, Küchenschiffet, Küchentisch, Frischwinger, Salonisch, russ. Ausziehtisch, Gardinen, Kippes, Küchenschiffet, einzelne Sofas, Beistellisch, Sekretär.

Jakobikirchhof Nr. 5,
Ecke Königstraße.

Empfehlungs-Karten

Die Druckerei des Ldk. Volksw.

Enorm billig!

**Uhren aller Art,
Papierwaren.**

Schreibhefte 10 Stück 25 Pfg.
Schreibpapier Karton 20 Pfg.

Fahrräder, erstklassige Marken
mit Garantie,
auch auf Abzahlung in bequemen Raten.

Auktionator Albert Mohrmann

Breitestraße 11.



Buttermilch

das einzig Wahre

als Getränk
Hansa-Meierei.

**Weiss-, Woll-
und Holländischwaren-Geschäft**

C. Reschert, Lübeck,

Ecke Marli- u. Werderstraße. — Ecke Marli- u. Werderstraße.

Eröffnung heute, Mittwoch, morgen 8 Uhr

Großer billiger Ausverkauf

in Garnituren, Schlafzimmern, Kleiderschränken, Waschtischen, Sofatischen, Spiegeln, Küchenschränken, Vertikows, Bettstellen mit Matratzen, Kommoden u. Spiegelschränken, Stühlen, Sesseln, Bauerntischen, Hütern, alles billig!!! wegen Räumung des Ladens

Beckergrube 20.

**Achtung!
Hafenarbeiter
(zentral).**

**Mitglieder-
Versammlung**

am Freitag den 11. Mai
abends 8 1/2 Uhr

in Vereinshaus, Johannisstr. 24/25

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Kartellbericht.
3. Wahl einer Agitationskommission.
4. Ergänzung des Festkomitees zum Sommerfest.
5. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Der Vorstand.

Feuerversicherung schließt ab unter günstigen Bedingungen A. Behmann, Friedenstr. 47.

**Atelier für Zahntechnik
und Zahnpflege.**
H. Schreiber, Breitenstr. 24

Achtung!

Zapezierer!

Mittwoch den 9. Mai 1906:
Außerordentliche

Mitgliederversammlung
bei Rumohr, Marlesgrube.

Wahl der Delegierten zum Verbandstag.
Abrechnung zc.

Jeder organisierte Kollege muß erscheinen
Der Vorstand.

**Arbeiter-Bildungsschule
Lübeck.**

Nächste Rede-Abendstunde Donnerstag
den 10. Mai. Thema: Die Genossenschaftsbewegung.

Weiter weisen wir die Mitglieder darauf hin, daß der Unterricht in deutscher Sprache jetzt wieder regelmäßig Dienstags stattfindet.

Der Vorstand.

**Deutscher
Metallarbeiterverband**
(Verwaltungsstelle Lübeck.)

**Mitglieder-
Versammlung**
am Mittwoch den 9. d. M.
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

- Tages-Ordnung:
1. Kartellbericht
 2. Bericht von der Mai-Aussperrung
 3. Geschäftliches.
- NB. Die Kollegen und Kolleginnen von Ewers u. Co werden besonders ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Die Schriftverwaltung

Sparklub „Tiergarten“.
General-Versammlung
am Mittwoch den 9 d. M., abds. 8 1/2 Uhr
im Klublokal Tiergarten.

Panorama
Breitestraße 53, 1. Stg.
letzte Woche in dieser Saison.
Neapel u. d. Vesuv
sowie Pompeji.

Hansa-Theater

Heute zum ersten Male:
Gastspiel des
Max Samst-Ensemble.
Verlorene Mädchen.

Berliner Sens.-Sittenbild in 5 Akten
von E. Ponds.

(In fast allen deutschen Großstädten
sowie in Holland u. der Schweiz vom
Samst-Ensemble mit durchschlagendem Erfolg aufgeführt.) Hierauf:
Zapientreich.

Parodistische Posse in 1 Akt mit Gesang
(nach dem berühmten Beyerleinschen
Original) von Hugo Busse.

Sommerpreise: Loge 3 Mk., Fauteuil 2 Mk.; Sperrsitz 1,50 Mk.; Parkett und Seitenparkett 1,25 Mk.; Parterre, Seitenparterre und Mittelbalkon 1 Mk.; Seitenbalkon 80 Pf., II. Balkon 60 Pf., Gallerie 40 Pf.

Vorverkauf in Sagers Zigarrengeschäft
und 11-1 Uhr an der Theaterkasse.

Wilhelm-Theater.

Mittwoch den 9. Mai. Anfang 7 1/2 Uhr.

Der Obersteiger.

Operette in 3 Akten von C. Zeller.

Stadthallen-Theater.

Dienstag den 8. Mai. Anfang 8 Uhr.

Die Doppel-Ehe.

Schwank in 3 Akten von Curt Kraak.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stellina. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Böwig.

Soziales und Parteileben.

Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. Der seit drei Monaten andauernde Ausstand der Hafenarbeiterverband angehörenden organisierten Arbeiter in Swinemünde wurde durch Vermittlung des Konsuls Kunzmann beigelegt. Die Arbeiter haben mit der Entlassung des der Reederei Kunzmann gehörigen Dampfers „Sleffra“, der von Nordamerika in Swinemünde eingetroffen war, begonnen. — Buchbinder, Achtung! In Berlin sind in Folge eines Beschlusses des 1. Mai circa 1000 Kollegen und Kolleginnen ausgesperrt. Bezug ist ferngehalten. — Graueure! Bijeleure! Wir bitten die Kollegen allerorts, den Bezug von Blättern und Gravuren nach Altona, Hamburg S.-A. fernzuhalten, da sämtliche Kollegen wegen der Maßregel gemäßigter worden sind. — Der Alexander-Kranz in Wolfenbüttel ist durch Vergleich vor dem Gewerbegericht beendet worden. — Die Barbier- und Friseurgesellschaften Leipzigs haben in einer Verammlung am 3. Mai beschloffen, ihren Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Bezug nach Leipzig ist demnach streng zu vermeiden. — Die Bauarbeiter in Hildesheim sollen ausgesperrt werden. — Sämtliche Arbeiter der Braunkohlenbergwerke in Guben haben die Arbeit niedergelegt. — Die „Deutsche Bäckerzeitung“, Organ des Bäckerverbandes, hat seit der Auflage von 15 000 überschritten; seit Beginn des Jahres ist eine Zunahme von 2700 zu verzeichnen. Ein Beweis, daß es auch mit der Organisation der Bäcker vorwärts geht.

Die Tabakarbeitergenossenschaft in Hamburg hat die N. Amberische Zigarrenfabrik in Panama gepachtet, um dort eine Zweigniederlage zu errichten.

Generalfreik als Antwort auf Polizeibrutalitäten. Donnerstag abend fand in Serajewo (Wosniz) eine Ansammlung streikender Tabakarbeiterinnen und sonstiger Arbeiter statt, die die Freilassung zweier wegen Verhinderung Arbeitswilliger verhafteter Tabakarbeiterinnen verlangten. Es kam zu äußerst erregten Szenen. Die einschreitende Gendarmerie wurde mit einem Steinhagel überhäuft. Als gegen dieselbe aus dem Publikum ein Revolver schuß fiel, gaben die Gendarmen eine Salve ab, wodurch zwei Personen getötet und vier verwundet wurden. Mehrere Gendarmen wurden durch Steinwürfe mehr oder minder schwer verletzt. Am Freitag wurde der Generalfreik proklamiert, dem sich alle Arbeiter angeschlossen haben. Die Festungen konnten nicht erörtern, der Straßenverkehr ist unterbrochen.

Das verächtlichste Geschäft ist zweifellos die Anwendung und Beforgung von Streikbrechern. Aber es ist ein lukratives Geschäft und bringt was ein. Daher finden sich noch immer Judas, die gegen blanke Silberlinge Menschenverrat betreiben. Aber nicht allein Streikbrecheragenten sind auf der Jagd nach Arbeitswilligen für Hamburg. Auch arbeiterfreundlich sein wollen die Leute machen sich die Beforgung von Streikbrechern zur Aufgabe. An dem Wochenende, über deren Benutzung die Firma „Märkische Verlagsdruckerei in Bochum“, Druck der katholischen „Westfälischen Volkszeitung“, verfügt, findet sich ein großes rotes Plakat mit folgendem Aufdruck:

300 bis 400 Mann als Schauerleute und Kohlenarbeiter für die deutschen Schiffe der Hamburg-Amerika-Linie in Hamburg sofort gesucht. Tagelohn 5 Mk. bei geschäftlicher Arbeitszeit; 50 Pfg. für Überstunden. Freie Hin- und Rückfahrt. Kostgütige Kostabgabe oder Monatsvergütung. Anmeldungen bei Wilhelm Wippich in Gelsenkirchen, Restaurant S. Ketteled. Scheiterstraße 23.

Drucker dieses Plakats ist die fremde Firma Chr. Mühlmann in Gelsenkirchen, allwo das betreffende Foto

katholische Zentrumblatt, die „Gelsenkirchener Zeitung“, hergestellt wird. Die christlichen Arbeiter werden sich ohne weiteres sagen, daß da etwas nicht in Ordnung ist, daß wenn man Schauerleute und Kohlenarbeiter braucht, Leute genug in Hamburg und Nachbarort zu haben sind, daß also nur ein Streik oder eine Aussperrung der betreffenden Arbeiterkategorie die Agenten solcherart in Bewegung setzt. Die genannten katholischen Firmen brauchen so etwas natürlich nicht zu wissen, sie haben nicht nötig, sich zu erkundigen, was hinter diesem Angebot des Herrn Agenten steht. Ein mit seinen Arbeitsbrütern es ehrlich meinenten Arbeiter wird sich nicht als Streikbrecher hergeben, und die christlichen Arbeiter werden sich durch keinerlei Proben der genannten Zentrumblätter davon abbringen lassen, daß deren Helfershelfer arbeiterfeindlich sind. — Eine Hauptquelle für den Streikbrecherfang bildet immer noch Deutschland. In Wien hält sich gegenwärtig ein Hamburger Streikbrecheragent auf, dem das städtische Vermittlungsbüro sehr viele Arbeiter, man spricht von zweihundert, zugewiesen hat. Das Wiener städtische Arbeitsvermittlungsbüro sollte sich schämen, den Hamburger Schaufmachern Arbeitswilligenmaterial zu liefern.

Die abgehakte Hand von Breslau. Bürgerliche Blätter haben versucht, die Tragödie von der abgehakten Hand des Bierfabrikanten Biewald in Breslau wegzulugeln. Demgegenüber schreibt der Rechtsanwalt Justizrat Dr. Mamroth in Breslau, der vom Transportarbeiterverband bestellte Sachwalter Biewalds, von der „Breslauer Zeitung“ um Auskunft angegangen, diesem Blatte unter anderem: „... Franz Biewald ist 21 Jahre alt, und seine Witwe stellt ihm das Zeugnis eines schlichteren, ruhigen, fleißigen und sehr gutherzigen Menschen aus. Er arbeitet in der Kellerei des Bierverlegers Menke und unterstützt von seinem Verdienst seine in Juliusburg lebende Mutter. Am 19. April ging er, wie alltäglich nach 6 Uhr abends, von der Arbeit nach seiner Wohnung, Hildebrandstraße 25. Sein Arbeitskollege Hartmann, der Hildebrandstraße 21 wohnt, begleitete ihn und trennte sich von ihm an der Haustür. Biewald ging in seine Wohnung und sah dort Abendbrot. Circa eine Stunde später, also gegen 7 1/2 Uhr, erlitt Hartmann nachmals bei ihm mit der Anfrage, ob er mit ihm noch ein Stück spazieren gehen wolle. Biewald bejahte, und beide gingen darauf einige Male vor dem Hause auf und ab. Schließlich blieb er in der Haustür stehen und hörte zu, wie einige Mitbewohner des Hauses, welche gleichfalls dort standen, sich über die tumultuarischen Vorgänge unterhielten, die sich im Hause des Nachmittags in der dortigen Gegenabgespielt hatten. Nachdem Biewald einige Minuten ruhig an der Tür gestanden hatte, sah er und die übrigen Personen eine Anzahl Schulkent, von der Posnerstraße her, in der offenkundigen Absicht, die Straße abzuräumen, einzukommen. Infolge dessen zog er, wie sämtliche übrigen an der Haustür befindlichen Personen, sich in das Innere des Hauses zurück, und einer der Hausbewohner zog die Haustür von innen zu. Unmittelbar darauf wurde sie jedoch durch einige Schulkente von außen aufgeschoben, und die Schulkente stürzten mit gezogenen Säbeln in das Haus hinein. Die meisten der in dem Hausflur befindlichen Personen flüchteten erschreckt nach hinten, dem Hofraum zu. Biewald und Hartmann liefen nach der anderen Seite des Hausflurs. Bevor Biewald jedoch die Treppe erreicht hatte, erhielt er von einem der Schulkente von hinten einen Säbelhieb über die Schulter, unmittelbar darauf einen zweiten über den Hinterkopf, so daß ihm das Blut herunterlief. Er hob bitter die Hände und rief dem Schulkente zu, er solle doch von ihm ablassen, er sei ja ganz unbeteiligt, er sei Arbeiter bei Menke und wolle nur in seine Wohnung hinauf. Der Schulkente machte trotzdem Miene, weiter auf ihn einzuschlagen. Biewald wollte deshalb die Treppe hinauf flüchten.

Raum hatte er aber die ersten Stufen erstiegen, so erhielt vom Schulkente von rückwärts einen Säbelhieb, der die linke Hand, mit der er das Treppengeländer ergreifen wollte, glatt von dem Arm abschlug. Der entsetzt um Hilfe rufende wurde von der Bäckerfrau Buchmann, die dem Hilferufe gehorcht hatte, in deren Bäckerladen hineingezogen, wo ihm erste notwendige Verband angelegt wurde. Der Schulkente war, als Frau Buchmann hinzukam, bereits verschwunden und ist bisher nicht mit Bestimmtheit zu ermitteln gewesen. Die als herbeigerufene Feuerwehr legte dann dem Verwundeten ein obererleiblichen Verband an, schaffte ihn nach dem Allseitigen Hospital und nahm auch die im Hausflur liegende abgehakene Hand mit. Soweit die Darstellung des Herrn Dr. Mamroth, dem doch gewiß kein Meidenzweifel Entstellung oder Uebertreibung nachzusagen wird. Dr. Mamroth hat gewiß die peinlichsten und sorgfältigsten Nachforschungen über den Fall angestellt, ehe sich entschloß, seine Darstellung der Öffentlichkeit zu übergeben. Justizrat Mamroth will übrigens für seinen Klienten Schadenersatz erstreiten. Er verspricht sich indes nicht davon, den Schulkente oder gar das Polizeipräsidium die Verkleppung eines Unschuldigen haßbar zu machen. Dagegen glaubt er, die Stadtgemeinde auf Grund des Gesetzes vom 11. Mai 1850 zum Schadenersatz verpflichtet zu können. Der § 1 dieses Gesetzes lautet nämlich: „Finden bei einer Zusammenkunft oder einem Zusammenkommen von Menschen durch offene Gewalt oder durch Anwendung der dagegen getroffenen gesetzlichen Maßregeln Beschädigung des Eigentums oder Verletzungen von Personen statt, haftet die Gemeinde, in deren Bezirk diese Handlungen geschehen sind, für den dadurch verursachten Schaden.“ D. gemäß hat Justizrat Mamroth einen Schadenersatzanspruch bei dem Breslauer Magistrat angemeldet. Ein Beschäftigter ihm jedoch bisher nicht geworden.

Genaro Ferris über den Generalfreik. „Avanti“ veröffentlicht Genaro Ferris einen längeren Artikel, der sich im Anschluß an die bekannte Stellungnahme des Mailänder Gewerkschaftsartikels gegen den Generalfreik mit dieser Frage beschäftigt. Genaro Ferris kommt zu dem Resultat, daß, solange neun Behauptungen des italienischen Proletariats unorganisiert seien, und des klaren Klassenbewußtseins ermangelnd, ein Generalfreik nur als Protestkundgebung und Verteidigung bestehender Rechte, nicht aber für die Eroberung neuer Rechte in Betracht kommen könne. Namen bezeichnen Ferris die Hoffnung als falsch, die allgem. Einführung des Achtstundentages durch einen Generalfreik zu erlangen, das sei darum ausgeschlossen, weil zurzeit unter den gegenwärtigen Umständen der Generalfreik eine „Revolution“, sondern eine „Revolte“ sein werde. In anderen Worten: Ferris verweist auf das entschiedenste Auffassung der sogenannten Syndikalistischen, der „Revolution“ der „Revolution“, welche vom Generalfreik die „Revolution“, das heißt den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und des bestehenden Staates erwarten. Letzten der Syndikalistischen wird Ferris wegen dieses seines stils wohl schwerer Angriffe erfahren. Dagegen sieht die Presse des reformistischen Flügels der Partei der Mailänder „Tempo“ höchst befriedigt. In der Tat scheint augenblicklich die parlamentarische Gruppe der italienischen Genossen völlig geschlossen und die Reformen wie Turati nehmen gemeinsam mit den Integralisten Ferris gegen die Syndikalistischen Stellung. Die parlamentarische Gruppe dürfte darin recht haben, daß unter den gegebenen Umständen die Hoffnungen falsch sind, welche die Syndikalistische oder ein Teil derselben auf den Generalfreik setzen, oder aus obigen hervorgeht, hat Ferris sich keineswegs den Generalfreik an sich, sondern nur gegen seine Anwendung unter den gegenwärtigen Verhältnissen ausgesprochen will ihn aber selbst jetzt unter gewissen Voraussetzungen

Im Banne des Spiritismus.

Bekannt von Friedrich Thiele.

(4. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Nicht Hyde — sie ist mit in Berlin? O, das ist herrlich! Wann sind Sie denn angekommen?“
„Vor einigen Stunden.“
„Von London?“

„Direkt von London. Wie haben dort das Terrain sondiert, aber für unsere höheren Zwecke nicht geeignet gefunden. Die Engländer sind und bleiben eben — Engländer, Material, nüchtern, ergötzig, ohne Begeisterung für ideale Ideen. Nur stehen wir vor der Entscheidung, ob wir Berlin, Moskau oder Paris zum Schauplatz unserer erhabenen Mission erwählen. Von der Unterredung mit Ihnen hängt die Entscheidung ab, Ihr Urteil soll uns leiten. Sie kennen Berlin, kennen Deutschland — ich habe mich zwar auch schon wiederholt in Deutschland aufgehalten, immerhin sind mir die Verhältnisse so fremd, als daß ich mir getraute, von meiner Erfahrung ein so wichtiges Ergebnis abzuleiten.“

Richard Bruh lächelte geschmeichelt und bekräftigte die Erklärung abzugeben, daß er wohl von sich behaupten dürfte, einigermaßen Infalltändig zu sein.

Darauf Mr. Dow: „Ich habe bereits mit der Psychologischen Gesellschaft in Moskau, sowie der Société de Psychologie in Paris korrespondiert, von Moskau war ich bereits entschlossen, abzugehen. Blieben noch Berlin und Paris. Offenbar haben wir hatten uns schon in London für Paris entschieden und alle Vorbereitungen zur Reise nach Frankreich getroffen. Da, im letzten Augenblicke, ging mir ein Schreiben zu, worin mir von befreundeter Seite unter Hinweis auf die gegenwärtigen politischen Verhältnisse von einer Tätigkeit dort abgeraten wurde. Kurz entschlossen, nahmen wir die Fahrt über Hamburg und Berlin — ich

gedachte Ihren Rat einzuholen, fällt dieser negativ aus, so gehen wir gleich morgen unsere Reise nach der Hauptstadt an der Seine fort. Hierin liegt,“ schloß der Fremde, mit einer leichten Verberzung gegen den Kaufmann, „zugleich die Rechtfertigung meines unzeitgemäßen Besuchs.“

„Ich hoffe, Sie werden sich für Berlin erklären,“ rief Bruh voll Eifer. „Mein Urteil steht Ihnen mit Freuden zur Verfügung.“

„So hören Sie denn,“ begann der Amerikaner mit erhöhter Stimme, die er jedoch bei den nächsten Worten wieder zu vertraulicher Halbstärke herabsinken ließ. „Zunächst die Antwort auf Ihre frühere Frage. Katie Hydes empfindliche Natur darf nicht durch die Wirkung des Tabakrauchs beeinträchtigt werden — schon der Geruch des Tabaks oder des Alkohols verursacht ihr Schwindel und krankhafte Zustände. Schon dieser Grund muß für mich bestimmend sein — aber noch mehr der andere, daß nämlich die Basis des Alkohols und Tabakgebrauchs aus der neuen Gesellschaft, die Katie Hyde und ich zu stiften beabsichtigen, verschwinden sollen.“

„Sie wollen eine neue Gesellschaft bilden?“

„Mr. Dow nicht falsch, worauf er in feierlichem pathetischem Tone und indem er an Stellen, wo es ihm angebracht erschien, die Augen schwärmerisch zum Himmel — das heißt zur Zimmerdecke emporwarf und halbhaft fortfuhr:

„Ja, Herr Bruh, wir sind gekommen, große, welttragende Projekte zu realisieren. Der Spiritismus soll die Grundlage einer neuen Gestaltung der Religion werden. Was ist er jetzt? Ein nichts, ein Spielzeug für wenige Tausende, dessen man spottet. Trotz der geringen Zahl seiner Anhänger, schäufert zerplüßert in ein halb Dutzend verschiedene Richtungen. Nicht Hyde und ich haben uns die gigantische Aufgabe gestellt, ihm die allgemeine Anerkennung zu erringen und mit seiner Hilfe die Autorität der Religion, auch der Wissenschaft und dem Freidenkertum gegenüber wieder herzustellen.“

Zu diesem Zwecke ist es unsere Absicht, eine „Gesellschaft der Brüder der Liebe“ zu stiften, die alle Christen Südens und Nordens umfaßt, alle Freidenker und Ungläubigen wiedergewinnt und im Spiritismus das Oberwacht und Anbetung sowohl, als der freien Anschauung der übernatürlichen Welt zur weiteren Ausgestaltung der Religion und zur Begründung der Mittel der Art sowie zur Beförderung fortgeschrittener überzeugender Beweise die Wahrheit der religiösen Anschauung erwidert. Die ich, lieber Freund, vertrauen der Ueberlieferung, jeder mit eigener Augen prüfen und sehen, sie wollen von Generation zu Generation neu überzeugt sein!“

„Aber hat sich nicht bereits im Anschluß an Schopenhauer eine eigene Religion, die Kirche des „Jenseits“ gebildet, ohne daß es ihr gelang, einen großen Anhängerkreis zu gewinnen?“

„Um die Lippen Mr. Dow schwebte ein einigermaßen verächtliches Lächeln.“

„Es war nicht der einzige mißlungene Versuch,“ er den Einwand mit seiner Sicherheit zurück, die das bucht innerer Klarheit und Entschlossenheit ist. „Weshalb scheiterte er? Warum scheiterten bislang alle ähnlichen mißlungenen? Weil man die Sache nicht richtig anging. Gelingen hängt im wesentlichen von zwei Dingen ab; erst einer richtigen und den Anforderungen der Zeit entsprechenden Propaganda. Zweitens muß in die Bewegung einfließen werden, Sensation hervorgerufen, Klänge gem. Die Heilarmee und das Mormonentum müssen wir zum Muster nehmen. Nun wohl, die „Brüder der Liebe“ sollen laut genug schreien, um gehört zu werden — siehe ich etc.“

„Zweitens?“ fragte der Fabrikant in gespannter Erwartung.

„Zweitens muß ein Medium ersten Ranges vorhanden sein, ein Medium, jederzeit imstande, mit seinen lateinischen zu überzeugten Anhängern zu machen. In

Um es auf den kürzesten Ausdruck zu bringen: Schabikalisten, beschränkt (theoretisch oder praktisch) Angriffs-, Generalstreik, Garco Ferry betrachtet ist höchstens den Verteidigungs-, Generalstreik als an-

Aus Mah und Peru.

In Chile macht man das so. Ein Berliner Tagesblatt hat an das Breslauer Polizeipräsidium die Anfrage gerichtet, welche Ergebnisse die bisherigen polizeilichen Untersuchungen über jenen beispiellosen Mordfall gehabt hätten, dessen Opfer der Arbeiter mit der gebrochenen Hand, Stewals, geworden ist. Die obige Polizeibehörde hat darauf telegraphisch folgende la-

Die Persönlichkeit des Täters ist bisher unbekannt. Das Polizeipräsidium. Merkwürdig! Sollte vielleicht eine Gegenüberstellung dieser beiden Fälle? Die Polizei ist doch sonst im "Ereignis" sehr flink. Sie hat z. B. wegen der Steuergewerkschaft schon 80 Personen ermittelt, die unter Angabe gestellt werden. — Der "Kaiserdeputierte" Ulrich Hirsch ist wieder, und zwar am Mittwoch, in Untersuchungshaft genommen worden. Von der Duellerei. Ein schweres Pistolenschuß fand am Sonnabend in Wilhelmshafen bei Breslau gegen einen Breslauer Rechtsanwaltskandidaten und einem ausübenden Kavallerieoffizier statt. Im zweiten Gang wurde der Offizier durch einen Schuß in den Unterleib lebensgefährlich gemacht. Sein Zustand ist hoffnungslos; die Verletzung zum Zweikampf war ein in einem Breslauer Restaurantstube wegen einer Chansonette. Am Sonntag, Sonnabend früh wurde in Dörow der Joseph Walczal hingerichtet. Er war wegen Verurteilung des bei ihm wohnenden Ausgebürgers Jilical Tode verurteilt worden.

Eifersucht. Der Student Martin aus Gleiwitz wurde, er in der Nacht zum Sonntag mit einer ihm nahe- liegenden Dame von einem Bergknecht nach Hause geführt, in München von zwei russischen Studenten erschossen. Der Grund ist wahrscheinlich Eifersucht. Die Genickstarre. In der Zeit vom 1. Februar bis 30. April d. J., also innerhalb eines Zeitraums von Monaten, sind in der Stadt Posen im ganzen 45 Fälle Genickstarre amtlich gemeldet worden, von denen 21 tödlichen Verlauf nahmen. Bei den Erkrankten ist es fast ausnahmslos um Kinder der ärmeren Klassen, bei denen infolge der ungünstigen Wohnungsverhältnisse die Krankheit den besten Boden findet. Als genickstarreverdächtig wurden weiter Arbeiterinnen einer Posener Wollfabrik in ärztliche Achtung genommen. Die erkrankten Arbeiterinnen sind Ausnahme einer einzigen, die aus Posen stammt, sämtlich aus Glogau. — Erób aller dieser Tatsachen wird verachtet, daß Grund zu einer Gefahr nicht vorliegt, von einer Epidemie keine Rede sein könne, daß "weithin" Vorbeugungsmaßnahmen getroffen seien usw. im vorigen Jahre bei der Typhus-Epidemie, sind es hier nur die ärmeren Klassen, die von der Genickstarre betroffen werden, und dabei ist ja keine Gefahr! Ja, es sich noch um die Maul- und Klauenseuche handeln!

Selbstmordversuch eines sechsjährigen Kindes. Ein kaum glaublicher Vorfall wird aus dem Dorfe Klein bei Königsbrunn folgendes berichtet: Eine Kinder im Alter von vier bis sechs Jahren hatten auf der Dämme Lese am Ufer liegendes Boot bestiegen, plötzlich abgetrieben wurde. Ein Schiffer brachte die beiden Kinder wieder an das Ufer. Einer der Jungen am Ufer äußerte zu der sechsjährigen Tochter des totes Gangweises, daß sie jedenfalls von ihren Eltern st werden würde, weil sie das Boot bestiegen habe. Kleine ging nun nach dem Bahndamm der Königsbrunn-Dresdener Nebenbahn, stellte sich zwischen die Schienen und wartete die Ankunft eines Zuges ab, um sich ihren zu lassen. Der Lokomotivführer bemerkte jedoch scheinbar rechtzeitig das auf dem Bahndamm stehende Kind und brachte den Zug etwa drei Meter vor dem zum Stehen. Die Kleine hatte einmal gehört, wie ihre Eltern von einem vierzehnjährigen Knaben

erzählten, der, um sich einer ihm drohenden Strafe zu entziehen, sich von einem Eisenbahnzuge hatte überfahren lassen.

In der verhängnisvollen Dynamitexplosion in Gappendorf bei Halle wird noch gemeldet: Der bei der Explosion schwerverletzte Berggraf Deide aus Halle ist seinen Verletzungen erlegen, so daß die Zahl der Getöteten nunmehr fünf beträgt; außerdem sind noch sechs Personen verletzt worden. Die Explosion ist infolge einer Unvorsichtigkeit beim Zünden der Dynamitpatrone entstanden.

"Schamlos gemauert." Ein tragikomischer Reinfall ist der "Dresdner Zeitung" passiert. Die neuesten Nachrichten ärgerten sich darüber, daß ihr Handelsteil von her "Dr. Hg." angeblich recht ungeniert geplündert wurde. Sie stellten, um das Blatt aufs Eis zu führen, eines schönen Tages einige Exemplare her, die folgende Nachricht enthielten: "Gründung einer Altengerechtheits-Gesellschaft mit Zweigvereinen in Dresden. Die vereinigten hiesigen Tabakfabriken "Tsuumag Solmacks" (der Name und die Nachweise sind übrigens schon seit längerer Zeit an der hiesigen Börse verbreitet) haben nunmehr tatsächlich die Gründung einer Zweigvereiner-Gesellschaft in Dresden beschlossen. Bekanntlich sind die "Tsuumag Solmacks" Hauptbetriebe der Firma Kyriagi, die infolge der bestimmt zu erwartenden bedeutenden Erhöhung unserer Einfuhrzölle der Export fertiger sog. ägyptischer Zigaretten nach Deutschland völlig einstellen müssen. Die Dresdner Zweigvereiner-Gesellschaft (es werden bereits Arbeiter und Arbeiterinnen dafür angeworben) wird die bekannten Marken (Queer, Apis etc.) nun in Dresden herstellen." — Ein Exemplar mit dieser Nobilität kam durch einen "verwunderlichen Zufall" in den Besitz der "Dresdner Zeitung", in der ein paar Stunden später unter dem Rubrum "Die Handelsnachrichten diese Woche" abgedruckt stand. Dazu schreiben nun die "Neuesten Nachrichten" folgendes: "Dieser Fund war infolge für unsere Redaktion ein kleines Ereignis, als wir es darauf abgeschlossen waren, ob die "Dresdner Hg." die Mitteilung über die neueste Dresdner Zigarettenfabrik in ihrem Handelsteil "verwerten" werde. Nur einer hatte den Mut, darauf zu wetten; sämtliche anderen Redakteure hielten es für ausgeschlossen, daß der Bericht erscheinen werde. Man glaubte es schon deshalb nicht, weil die Worte "Tsuumag Solmacks", wenn man sie umgekehrt liest, auf gut Dresdnerisch "Schamlos gemauert" heißen. Aber das Unvermutete geschah und der eine gewann die sämtlichen Wetten gegen die anderen. Ein besonderer Reiz lag noch in der Feststellung der "Dresdner Hg.", daß die Tsuumag Solmacks "bekanntlich" Hauptbetriebe der Firma Kyriagi sind. Bis jetzt war das bekanntlich niemandem bekannt. Der Name Tsuumag Solmacks wird aber als der des neuesten Handelsfabrikats der "Dresdner Hg." fortan einer gewissen Volkstümlichkeit nicht entbehren." — Wir glauben, daß die "Dresdner Zeitung" nach einem zweiten solchen Reinfall nicht gelächelt.

Das Schlepptreten ist in Nordhausen bei Geldstraße verboten worden.

Bestrafter Milchpantser. Der Schöffengericht in Lampertheim verurteilte der Milchhändler Faber von Berheim wegen Milchfälschung zu einer Gefängnisstrafe von zwei Wochen und zu einer Geldstrafe von 100 Mark.

Bandendiebstahl. Aus Essen a. Ruhr wird gemeldet: Im benachbarten Bottrop kam die Polizei einer großen Bande auf die Spur, die seit langer Zeit Diebstahl an Eisenbahnmaterial verübt hat. Bisher sind sechs italienische Arbeiter verhaftet worden.

In der Berufungsinstantz freigesprochen. Wegen tätlicher Angriffs auf eines Vorgesetzten und wegen Falschurbinatation war vom Kriegsgesicht in Darmstadt der Kanonier Mohr aus Bensheim zu sechs Jahren und einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Gegen die Berufung legte der Verteidiger des Angeklagten Berufung ein. Die Berufung stützte sich auf die erst nach der Verurteilung bekannt gewordene Tatsache, wonach der Angeklagte durch einen im 16. Lebensjahre erlittenen Sturz über einen Abhang geistig minderbewirkt geworden sei. Kürzlich hatte sich nun das Oberkriegsgericht der 25. Division in Darmstadt als Berufungsinstantz mit der Angelegenheit zu befassen. Es erklärte auf Antrag des Vertreters der Anklage sowie der Verteidigung auf Freisprechung.

Das Gericht hatte vorher die Beobachtung des Angeklagten in der Anstalt Godeschau verflügt.

Vier Personen vom Blitze erschlagen. Wie die "Bälgische Presse" meldet, sind Freitag schwere Unwetter, verbunden mit Wolkenschauern, über die Vorderpfalz niedergegangen, die in vielen Orten großen Schaden angerichtet haben. In Murbach ist ein auf dem Felde arbeitender Winzer mit samt seinen Pferden vom Blitze erschlagen worden. — Schwere Gewitter haben auch in Rheinhessen, namentlich in der Umgegend von Mainz, schweren Schaden angerichtet. In Gensheim ging ein so starker Wolkenschauer nieder, daß in einer Straße die Partierewohnungen geräumt werden mußten. Das Dorf Wunbelsheim wurde ebenfalls durch einen Wolkenschauer unter Wasser gesetzt, daß die Feuerwehrgesellschaften mühe und zwei auf dem Felde arbeitende Personen wurden vom Blitze erschlagen. Auch in Niederelsheim ist ein in einem Steinbruch beschäftigter Arbeiter durch Blitze erschlagen worden.

Vom Unglück verfolgt. Aus Freiburg i. B. meldet die "Freie Hg.": Viel Unglück hat die Familie des Fuhrhalters Wägerle im Vorort Günterstal heimgeschickt. W. verunglückte vor einigen Tagen am Bahnhof so schwer (ein Holzstamm stürzte auf ihn), daß er starb. Am 1. Januar war sein Sohn unter ein Fahrzeug geraten und gestorben. Die Frau W.'s erlittete sich beim Abtoben einer Fahrt so, daß sie der Tod erlitt. Vor langer Zeit ist ein Kind W.'s im Bett erstickt, und ein sechsjähriges Tochterchen fiel in lebende Flüssigkeit und fand dabei den Tod.

Im Eise eingeschlossen. In London traf die Nachricht ein, daß der Dampfer "Soerabaja" vollständig im Eise eingeschlossen bei Nikolajewsk unweit des Amurflusses von Eingeborenen aufgefunden wurde. Die Leichen der Mannschafte befanden sich in festgefrorenem Zustande an Bord. Die "Soerabaja" war früher ein wohlbekanntester ostindischer Postdampfer und nahm während des russisch-japanischen Krieges eine Ladung Kohlen nach Japan, trat aber nachher in den Dienst der russischen Regierung. Die verkaufte eine Ladung Waffen und Munition für Wladiwostok, konnte aber in diesen Hafen wegen der japanischen Blockade nicht eintreffen und suchte auf dem Amur zu fliehen. Hier erhielt sie im Oktober 1905 Befehl, nicht nach Wladiwostok zu gehen, bis der Friedensvertrag ratifiziert sei, und wartete demgemäß. Bald darauf verscholl das Schiff. Seine weiteren Fahrten sind unbekannt geblieben. Im vorigen November wurde der Dampfer "Ewa" von Wladiwostok auf die Suche nach dem Schiff geschickt, lehrte aber zurück, ohne eine Spur gefunden zu haben.

Bei einem Unfall auf der Pennsylvaniaabahn wurden sechs Personen getötet und über zwanzig schwer verletzt; von letzteren sind inzwischen noch vier gestorben.

Literarisches.

Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart, Paul Singer) ist neben das 32. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Steigende Angst. — Arbeiterbildung. Von Heinrich Schulz. — Die revolutionären Parteien in Rußland während der Jahre 1898 bis 1903. Von Dr. Ida Frelrod. (Schluß). — Tarifverträge und der Klassenkampf. Von August Winnig, Maxauer. — Der 21. Kongreß der belgischen Arbeiterpartei. Von Camille Fuhmann. — Die Entwicklung der Sattlerei und die Gewerkschaftsverhältnisse der in ihr beschäftigten Arbeiter. Von P. Blum. — Ueber Arbeitslöhne und Direktoren. Von Dr. med. Wilhelm Hammer (Berlin). Die "Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3 25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg. Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Ämtliche Notierungen der Produktenbörse.

Inländisches Getreide. Lübeck, 5. Mai. Weizen, 125—130 Pfd. holl. Mt. 180—185, Roggen, 120—125 Pfd. Mt. 160—165, Hafer, je nach Qualität Mt. 168—175, Gerste, je nach Qualität Mt. 160—170.

besten wie ein solches Medium — ja, sie ist noch als das, sie ist eine Prophetin. Sie werden sie hören, Bruch, und in Versuchung geraten. Sie wird wahrer berichten, die Menschen in Alarm setzen, die Steppelweiden. Der Ruf der "Brüder der Liebe" wird bald das Land brausen wie eine Windsturm!

Mit Hybe ist ein sonnambules Medium? Eine Sonnambule und Hellseherin — sie verfährt in hypnotischen Zustand oder wird durch mich in ihn versetzt in dem Geiste durch ihre Stimme sprechen oder ihre Hand schreiben und sich ihrer zur Mitteilung von Nachrichten haben kann. Sie schildert Vorgänge, die sich in der Ferne zutragen und solche, die erst in der Zukunft eintreten. Ich meinerseits bin physisches Medium, tisser und Gedankenleser, und ich glaube, es müßte bar zugehen, wenn wir nicht bald zahlreiche Anhänger dieser Sache machen. Sie sind jetzt in unsere Pläne einbezogen, Herr Bruch — welche Antwort erteilen Sie mir eine Frage?

Die Lösung heißt Berlin, erwiderte verzückt der Vertreter der deutschen Hauptstadt. "Sie müssen bei uns bleiben lassen Sie nicht wieder fort — unsere Gefinnungen werden über die Perspektive, die Ihre Tätigkeit uns in Versuchung geraten!" Und unser Vorhaben, unser Programm? Halten Sie errata für günstig? Für so günstig wie allenthalben, verehrter, teurer Herr Bruch, billigen Sie ein, nehmen Sie Berlin zum Schauplatz großer Aktion, ich bin überzeugt, daß Sie es werden!

Der Amerikaner erhob sich, schritt einigemal wie zum Zimmer auf und ab, blieb dann plötzlich vor Bruch stehen und sagte ihm die Worte, die ich Ihnen mitteilen darf.

reden und reichte ihm entschlossen die wohlgepflegte, mit zwei kostbaren Ringen geschmückte Hand.

Der Bursche ist gefallen! Die Lösung heißt Berlin! Der Fabrikant presste die ihm dargebotene Rechte mit der Lebhaftigkeit überströmenden Entzückung.

"So heiße ich Sie im Namen aller Gefinnungsgewissen und allerer Veritas in der deutschen Kaiserstadt willkommen, dies er mit erhobener Stimme. "Und ich," erwiderte ebenso der Spiritist, begrüße in Ihnen das künftige weltliche Oberhaupt der "Brüder der Liebe." Wir brauchen einen Mann, energisch, redewandig, geistvoll, voll hoher Einsicht, ausgerüstet mit bedeutenden Kenntnissen, der aber auch das praktische Leben versteht und beherrscht und mit dem geschäftlichen Leben Verkehr weiß. In Ihnen, Hr. — Herr Bruch, haben wir ihn gefunden. Widerprechen Sie nicht, protestierte er, als Herr Bruch gegen die ihm angebotene Pensur mehr aus Gründen der guten Tones als aus wirklicher Bescheidenheit Einspruch erheben zu wollen schien, ich bin ein erfahrener Psychologe und Psychognom und lese das geistige Signalment jedes Menschen in seinen Augen. Sie sind unser Mann — wir werden durch Sie, Sie durch uns machen! Denn ich verführe Ihnen, die Gesellschaft der "Brüder der Liebe" wird gleich einem moralischen Nischenplatz aus dem sterilen (unfruchtbaren) Boden der einander bekämpfenden Interessen der Gegenwart emporsteigen; ihr Ruf wird groß, ihre Bedeutung stark, ihre Macht gewaltig und derjenige, dessen Namen in Verbindung mit ihr in hervorragender Stelle genannt wird, bald ein berühmter, ein bedeutender Mann sein."

Die Augen des Fabrikanten glühten im stolzen Vorgefühl künftigen Ruhmes. Wenn er eine besonders ausgeprägte Schwäche besaß, so bestand sie in einem verkehrten Ehrgeiz, den zu befriedigen ihm jedoch alle Fähigkeiten mangel-

ten. Als einziger Weg zur Stillung seines Verlangens erachtete ihm bisher die Erwerbung möglichst großer Reichtümer, denn Geld gibt Macht und wer seine Qualifikation in Kaufmannskreisen nachweist, der hat für die große Masse das Metacritais Gramen bestanden. Jetzt erblickte sich dem ehrgeizigen Kaufmann auf einmal eine andere weit glänzendere Aussicht zur Verwirklichung seiner hochstrebenden Wünsche; weit entfernt davon, Mr. Dow zu misstrauen, von dessen mediastinischen Fähigkeiten er soviel gelesen und gehört hatte und in dem er eine spiritistische Autorität ersten Ranges verehrte, war er Feuer und Flamme für das neue Projekt und erklärte sich mit Beß und Seele in den Dienst der großen Sache stellen zu wollen.

"Freilich," gab er gleich darauf einem Bedenken Ausdruck, das in ihm plötzlich aufstieg, "eine so ausgedehnte Propaganda kostet Geld, Mr. Dow, viel Geld — und wenn auch meine Freunde und ich zu jedem erdenklichen Opfer gerne bereit sind, so findet doch unsere Opferwilligkeit an unseren Mitteln ihre Grenzen und diese Mittel müßten sich für einen solchen Zweck nicht als ausreichend erweisen."

Der Amerikaner, der noch immer vor dem Kaufmann stand, lächelte vielsagend. "Glauben Sie ja nicht, Herr Bruch, daß ich diesen hochwichtigen Punkt in meinen Erwägungen ausgelassen habe." Er trat näher an ihn heran, neigte sich vertraulich zu dem nur mittelgroßen Fabrikanten herab und fuhr in gedämpfterm Tone fort: "Geld werden wir haben, soviel wir wollen, mein Freund! In Fülle wird es in unsere Kasse fließen, sobald unsere Agitation die Massen in unsere magischen Kreise zieht, und dann werden wir alle Vorschüsse, die uns geleistet werden, mit Dank und guten Zinsen zurück-

erhalten."

(Fortsetzung folgt.)